

NACHHALTIGKEITSBERICHT NRWKOMMUNAL



EXECUTIVE SUMMARY

Ein Projekt der

LAG 21 
Landesarbeitsgemeinschaft
AGENDA 21 NRW e.V.

Gefördert durch

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Herausgeber

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Straße 10 | 44339 Dortmund
www.lag21.de | info@lag21.de
V.i.S.d.P.: Dr. Klaus Reuter

Autoren

Dr. Klaus Reuter, Moritz Schmidt, Daniel Zimmermann

Redaktion

Moritz Schmidt, Daniel Zimmermann

Design

Gestaltmanufaktur GmbH

Druck

Koffler Druckmanagement GmbH

ClimatePartner^o
klimateutral

Druck | ID: 53115-1605-1001



Gefördert durch das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

© 2016, Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.
Deutsche Straße 10
44339 Dortmund
www.lag21.de
info@lag21.de

Die verwendeten Fotos und Abbildungen sind Eigentum der LAG 21 NRW, soweit nicht anders angegeben.

1	Einleitung	4
2	Aufbau und Struktur des Berichtes	5
3	Qualitative Indikatoren	6
3.1.	Methodisches Vorgehen	6
3.2.	Ergebnisse	7
	Teilnehmende Kommunen	7
	Beschlüsse	8
	Akteure und Prozesse	11
	Ressourcen und Unterstützung	13
	Ergebnisse und Output	15
	Förderung der Partizipation	16
	Ausblick	18
3.3.	Zwischenfazit	19
3.4.	Methodischer Ausblick	20
4	Quantitative Indikatoren	22
4.1	Hintergrund und Zielsetzung des quantitativen Indikatorensets	22
4.2	Methodisches Vorgehen	24
4.3	Nachhaltigkeitsindikatoren	26
4.4	Zusammenfassung und Fazit	33
5	Zusammenfassung und Fazit	34

Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal verfolgt das Ziel, unterschiedliche qualitative und quantitative Tendenzen einer Nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene in NRW abzubilden. Hierbei steht nicht die einzelne Kommune im Mittelpunkt. Vielmehr wird ein Gesamteindruck über den Status Quo, aber auch die Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit für das Spektrum der strukturell unterschiedlichen Kommunen in NRW aufgezeigt. Dieser Bericht ist in den Prozess zur Erarbeitung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie NRW eingebettet. Er leistet über die erhobenen qualitativen Informationen zu Strukturen und Prozessen einer Nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene einen Beitrag zum landesweiten Indikatorenset, mit dem ein kontinuierliches Monitoring der Nachhaltigen Entwicklung sowie die Evaluation der landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie turnusmäßig erfolgen soll. Zudem bietet der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal eine gute Grundlage, um die auf Landes-, Bundes- oder auf internationaler Ebene (Sustainable Development Goals) vereinbarten Zielsetzungen einer Nachhaltigen Entwicklung zu monitoren.

Der hier vorliegende Bericht basiert auf der von der LAG 21 NRW bereits durchgeführten Erhebungen zur Studie „Rio +20 NRW“¹ sowie der unveröffentlichten Kurzstudie zur „Datengestützten Visualisierung einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene durch kommunale Nachhaltigkeitsindikatoren“, schreibt diese fort und kombiniert ihre qualitative und quantitative Methodik und Erhebungsinstrumentarien.

Diese Executive Summary des Nachhaltigkeitsberichts nrwkommunal fokussiert sich auf die Erläuterung der angewandten Methodik und Untersuchungsdesigns sowie auf einige ausgewählte und aggregierte Ergebnisse dieses Prozesses. Der komplette Bericht mit der Darstellung aller quantitativen und qualitativen Indikatoren ist aufgrund seines Umfangs nur als PDF zum Download verfügbar. Das Dokument kann unter nachfolgendem Link heruntergeladen werden: www.lag21.de/themen-und-projekte/forschung/aktuelle-projekte/nrwkommunal.html

¹ Die Studie kann hier heruntergeladen werden:
http://www.lag21.de/fa/editor/Dokumente/Dokumentationen/Abschlussdokumentation_Rio_20_NRW_Final.pdf

Der Nachhaltigkeitsbericht nrw kommunal ist hinsichtlich seiner unterschiedlichen empirischen Methoden zweigeteilt. Der erste Teil des Berichtes widmet sich der qualitativen Abfrage hinsichtlich der kommunalen Strukturen und Prozesse, die eine Nachhaltige Entwicklung in der jeweiligen Kommune unterstützen sollen. Dazu wurde auf Grundlage des Erhebungsinstrumentariums der Rio +20 Studie ein leicht angepasster Fragebogen entwickelt, der etwa das Vorhandensein von Lokalen Agenda 21 Beschlüssen oder anderen thematisch relevanten Strategien bzw. Konzepten ebenso abfragt, wie die subjektive Einschätzung über die Wirkung der eigenen Aktivitäten im Bereich Nachhaltige Entwicklung und ihre strukturelle Verankerung in formellen und informellen kommunalen Gremien. Die nordrhein-westfälischen Kommunen hatten in zwei Phasen (Oktober bis November 2015 und Januar bis Februar 2016) Gelegenheit den Fragebogen digital oder als klassische Papierversion auszufüllen und zur Auswertung an die LAG 21 NRW zu übermitteln.

Der zweite Teil des Berichtes widmet sich der quantitativen Herangehensweise zur Darstellung einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene. Die darin aufgezeigten Nachhaltigkeitsindikatoren basieren zum einen auf der bereits erwähnten Kurzstudie zu kommunalen Nachhaltigkeitsindikatoren sowie auf den Ergebnissen einer Fokusgruppensitzung mit Vertreterinnen und Vertretern folgender Institutionen:

- Bertelsmann Stiftung
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen

- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Landkreistag NRW
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund NRW
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie

Auf Grundlage dieser Vorarbeiten und Absprachen mit unterschiedlichen institutionellen Experten wurde ein kommunales Set von 21 Nachhaltigkeitsindikatoren definiert, dessen zugrundeliegenden Daten auf der Ebene der Städte und Gemeinden in NRW verfügbar, öffentlich zugänglich und regelmäßig zentral fortschreibbar sind. Nach der Definition des Indikatorensets wurden die entsprechenden Datengrundlagen aus der Landesdatenbank NRW heruntergeladen und die finalen Indikatoren in mehreren Schritten berechnet.

In den folgenden beiden Oberkapiteln werden die qualitative und quantitative Methodik im Detail beschrieben. Die hier vorliegende Executive Summary wird sich nachfolgend auf die Darstellung der prägnanten Ergebnisse dieser Erhebungen und Auswertungen beschränken. Beide Kapitel werden ferner ein Zwischenresümee zu den jeweiligen Ergebnissen auf Grundlage des gewählten methodischen Designs geben.

In dem letzten Kapitel des Berichtes wird ein abschließendes Fazit die beiden methodischen Vorgehensweisen und ihre Ergebnisse in Hinblick auf eine mögliche kontinuierliche Fortschreibung resümieren.

3.1

Methodisches Vorgehen

Für die Erfassung des Standes der nachhaltigen Entwicklung auf der kommunalen Ebene ist die Betrachtung der Strukturen, institutionellen Rahmenbedingungen und der Prozesse sowie Aktivitäten in den jeweiligen Kommunen von wesentlicher Bedeutung. Bereits in der Länderstudie Rio +20 NRW wurden diese daher auf Grundlage einer Befragung der Kommunen in NRW ausgewertet.

Im Rahmen des Nachhaltigkeitsberichts nrwkommunal wurde dieser qualitative Aspekt der Nachhaltigen Entwicklung erneut aufgegriffen und stellt neben der Analyse statistischer Daten eine der beiden tragenden Säulen der Untersuchung dar. Zur Erfassung des aktuellen Standes der Nachhaltigkeitsprozesse und -aktivitäten wurde wiederum eine Befragung durchgeführt, die im Kern auf derjenigen beruht, die für die Rio +20 Studie durchgeführt wurde. Zwar waren diesmal Anpassungen und Überarbeitung des Fragebogens notwendig, dennoch wurde darauf geachtet, diesen in Struktur und Fragestellung weitgehend zu erhalten. Für die Auswertung der Befragung „Kommunale Nachhaltigkeitsprozesse und -aktivitäten in NRW“ konnte entsprechend auf 33 Fragen in den folgenden sechs Kategorie zurückgegriffen werden:

- Angaben zur Kommune
- Basis der Nachhaltigkeitsaktivitäten,
- Prozesse und Verfahren,
- soziale Integration,

- Bewertung der Nachhaltigkeitsaktivitäten,
- Einschätzungen und Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung.

Die Befragung wurde zunächst in einem Pretest im September 2015 getestet. Anschließend wurde sie im Zeitraum von Mitte Oktober bis Mitte November 2015 und von Mitte Januar bis Mitte Februar 2016 in zwei Befragungsrunden durchgeführt. Dabei wurde allen Kommunen und Kreisen in NRW die Möglichkeit gegeben, die Befragung mit dem postalisch zugesandten Fragebogen, mit Hilfe des digitalen Fragebogens oder mittels der eigens hierfür eingerichteten online-Befragung durchzuführen.

Von den 427 befragten Kommunen und Kreisen antworteten 135, was einer Rücklaufquote von 31,6 % entspricht. Die Rio +20 Studie konnte hier noch auf einen höheren Rücklauf von rund 43 % zurückgreifen. Allerdings wurde die Befragung für die Rio +20 Studie durch telefonische Interviews unterstützt, was während der aktuellen Befragung zeitlich nicht möglich war. Beide Studien zeigen somit nur einen bestimmten Ausschnitt, und sind dem entsprechend zu interpretieren.

Wenn im folgenden Kapitel bei der Ergebnisdarstellung der naheliegende und auch beabsichtigte Vergleich zur Rio +20 Studie gezogen wird, dann sind folgende wesentliche Einschränkungen zur Vergleichbarkeit der beiden Studien zu beachten. Zunächst einmal ist offenkundig, dass nicht dieselben Kommunen in den Rücklauf eingegangen sind, da die Rücklaufquoten unterschiedlich

sind. Wenn es folglich Verschiebungen in den Ergebnissen beider Befragungen gibt, kann dies auch darauf zurückzuführen sein, welche Kommunen und Kreise geantwortet haben und welchen Ausschnitt aus der Grundgesamtheit aller Kommunen und Kreise sie darstellen. Dies wird beispielhaft deutlich bei der Analyse der Größenklassen der befragten Kommunen (Tabelle 1). Hier zeigt sich, dass an der aktuellen Befragung anteilig deutlich mehr große Kommunen und mehr Kreise teilgenommen haben als dies noch bei der Rio +20 Studie der Fall war. Ebenfalls kann nicht ausgeschlossen werden, dass bestimmte Kommunen im Zeitverlauf Fragen unterschiedlich beantworten, selbst wenn sich an der realen Situation nichts geändert haben sollte.

3.2 Ergebnisse

Teilnehmende Kommunen

Von den 427 Kommunen und Kreisen in NRW beteiligten sich 135 an der Befragung, davon 102 kreisangehörige Gemeinden von insgesamt 373 (27,3 %), 16 kreisfreie Städte von insgesamt 23 (69,6 %) und 16 Kreise von insgesamt 31 Kreisen sowie der Städteregion Aachen (51,6 %). Zudem beteiligten sich ein Gemeindeverband an der Befragung². Bezogen auf ihre Größenklassen verteilen sie sich wie in Tabelle 1 ersichtlich. Dabei ist auffällig, dass die Teilnahme an der Befragung positiv mit der Größe der Gebietskörperschaft korreliert. Deutlich wird auch die bereits beschriebene Veränderung der Beteiligung nach Größenklassen zur Rio +20 Studie.

Einwohner	Kommunen/ Kreise insg. NRW	Anzahl	Anteil in %	Vergleich mit Rio +20	
				Anzahl	Anteil in %
< 10.000	57	9	15,7	19	10,4
< 20.000	133	29	21,8	57	31,3
< 50.000	132	41	31,1	48	26,4
< 100.000	45	19	42,2	25	13,7
≥ 100.000	60	37	61,7	33	18,1
Summe	427	135	31,6	182	42,6

Tabelle 1
Befragte Kommunen nach
Einwohnergröße

² Im Folgenden wie auch hier wird die Städteregion Aachen sowie der Gemeindeverband unter Kreise subsummiert

Beschlüsse

Beschluss zur Lokalen Agenda 21

Der Anteil der Kommunen und Kreise, der in der Befragung angab, einen Beschluss zur Lokalen Agenda gefasst zu haben, beläuft sich auf 52,6 % (71 von 135 Kommunen) (vgl. Tabelle 2). Dieser Wert liegt leicht unter demjenigen, der in der Rio +20 Studie ermittelt wurde. Bei der Befragung zeigte sich anhand von Bemerkungen der antwortenden Kommunen und Kreise, dass in wenigen Fällen Agenda-Beschlüsse als „zeitlich befristet“ gefasst wurden und zum Zeitpunkt der Befragung bereits „ausgelaufen“ waren. Hier wurden von den Kommunen und Kreisen teils positive und negative Antworten gegeben.

Deutlich zeigt sich auch, dass mit zunehmender Größe der Gebietskörperschaft auch der Anteil der Kommunen und Kreise mit Agenda-Beschluss ansteigt (vgl. Abbildung 1). Während in der Größenklasse bis 10.000 Einwohner nur eine von neun Kommunen über einen Beschluss verfügt, sind es bei der Größenklasse bis 20.000 Einwohner bereits 10 von 29. In der Klasse bis 50.000 Einwohner sind es 20 von 41 Kommunen und Kreisen, in der Klasse bis 100.000 Einwohner 11 von 19 und in der Klasse über 100.000 Einwohner sind es 29 von 37.

Zeitpunkt der Beschlussfassung über eine lokale Agenda 21

Betrachtet man den Zeitpunkt der Beschlussfassung zur Lokalen Agenda 21, zeigt sich, dass

Tabelle 2

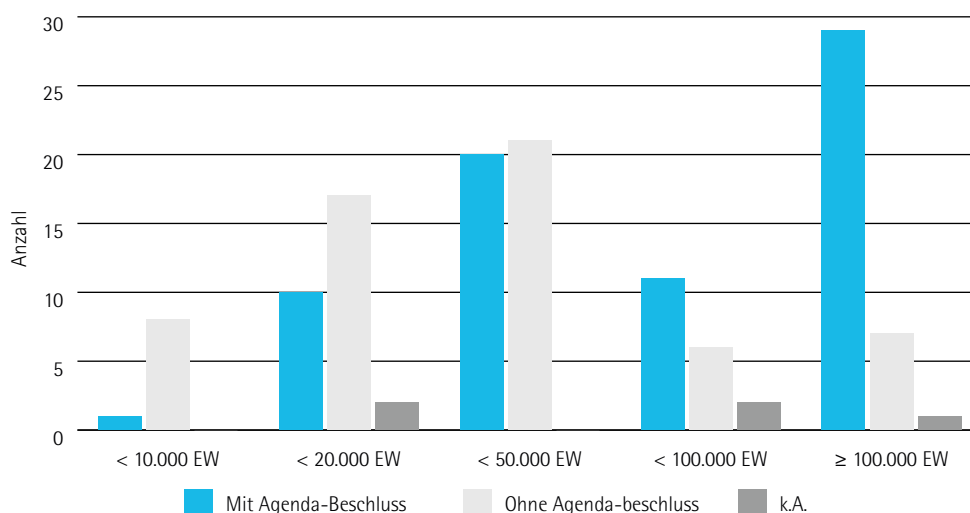
Angaben zu Agenda-Beschlüssen: Gibt es einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21?

Gibt es einen Beschluss zur lokalen Agenda 21?	Nennungen	%–Anteil	Vergleich mit Rio +20	
			Nennungen	%–Anteil
ja	71	52,6	104	57,1
nein	59	43,7	78	42,9
k.A.	5	3,7	0	0
Summe	135	100	182	100

Abbildung 1

Agenda-Beschlüsse nach Größenklassen

Agenda-Beschlüsse nach Größenklassen



ca. 82,4 % der Beschlüsse bis zum Jahr 2000 gefasst wurde. An dieser Stelle sei angemerkt, dass einige Kommunen und Kreise bei der Befragung darauf hinwiesen, dass Agenda-Beschlüsse mehrfach gefasst wurden, teils im Sinne einer Verlängerung von Projekten, die mit der Lokalen Agenda 21 verbunden waren. In diesen Fällen können sich die Angaben zum Zeitpunkt der Beschlussfassung sowohl auf den Erstbeschluss aber auch auf die Verlängerung bzw. Weiterführung beziehen.

Sektoral orientierte Strategien und/oder Beschlüsse

Ein deutlich höherer Anteil der antwortenden Kommunen und Kreise verfügt über sektoral orientierte Strategien und/oder Beschlüsse als über einen Beschluss zur Lokalen Agenda 21 (76,3 % zu 52,6 %) (vgl. Tabelle 2 und Tabelle 4). Vergleicht man die Angaben zur Art der entsprechenden

	Nennungen	%-Anteil
Bis 2000	56	82,4
2001-2007	7	10,3
Seit 2008	5	7,4
Summe	68	100

Strategien und Beschlüsse mit denen aus der Rio +20 Studie, ist augenscheinlich die Zahl der Kommunen und Kreise mit einer Energie-/ Klimaschutzstrategie in den letzten vier Jahren am deutlichsten gestiegen (von 56,6 % auf 70,4 % aller antwortenden Kommunen). Auch „sonstige“ Strategien und Beschlüsse verzeichnen eine erhöhte Anzahl von Erwähnungen. Deutlich abgenommen hat hingegen der Anteil der Kommunen mit einer Nachhaltigkeitsstrategie (von 19,8 % auf 11,1 %) (vgl. Tabelle 5). An dieser Stelle

Tabelle 3
Zeitpunkt des Beschlusses zur Lokalen Agenda 21

Gibt es vergleichbare, ggf. sektoral orientierte Strategien und/oder Beschlüsse, die auf eine Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind?

	Nennungen	%-Anteil
Ja	106	76,3
Nein	22	17,8
k.A.	7	5,9
Summe	135	100

Tabelle 4
Sektoral orientierte Strategien und Beschlüsse

	Vergleich mit Rio +20			
	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)	Nennungen	%-Anteil (an Kommunen)
Nachhaltigkeit	15	11,1	36	19,8
Energie-/Klimaschutz	95	70,4	103	56,6
Klimaanpassung	25	18,5	38	20,9
Biodiversität	15	11,1	18	9,9
Flächenmanagement	32	23,7	44	24,2
Bildung für Nachhaltige Entwicklung	17	12,6	29	15,9
Sonstiges	40	29,6	34	18,7
Summe	239		302	
<i>teilnehmende Kommunen</i>		135		182

Tabelle 5
Kommunen nach Art der sektoral orientierten Strategien und Beschlüsse (Mehrfachnennungen waren möglich)

bleibt es weiteren Untersuchungen vorbehalten, ob die Abnahme dadurch bedingt ist, dass an der aktuellen Untersuchung andere Kommunen teilgenommen haben, oder bei gleichen Kommunen, Nachhaltigkeitsstrategien von den Kommunen eher in sektorale Strategien eingeordnet wurden, oder es zu einer tatsächlichen Abnahme der Strategien gekommen ist. Insgesamt ist in der Summe ein Anstieg der sektoral orientierten Beschlüsse und Strategien ersichtlich.

Die Bedeutung der unterschiedlichen Arten von Strategien und Beschlüssen zeigt sich

noch einmal in Bezug auf die Gesamtzahl der Nennungen in diesem Bereich. So befassen sich 40 % aller Strategien und Beschlüsse mit Energie-/Klimaschutz. An zweiter Stelle folgen solche, die anderen Bereichen nicht eindeutig zugeordnet werden konnten, also „Sonstige“ mit 17 %. Das Flächenmanagement betrifft 13 % aller Strategien und Beschlüsse. Die wenigsten Nennungen mit jeweils 6 % entfielen auf die Bereiche Nachhaltigkeit und Biodiversität (vgl. Abbildung 2).

Evaluation der Beschlüsse

Die Kommunen und Kreise wurden darüber hinaus danach befragt, ob eine kontinu-

Abbildung 2
Häufigkeit sektoral orientierter Strategien und Beschlüsse

Sektoral orientierte Strategien

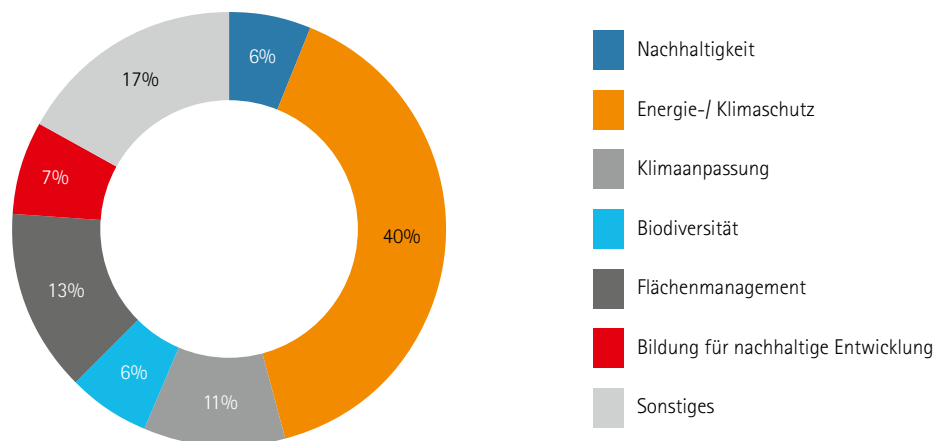
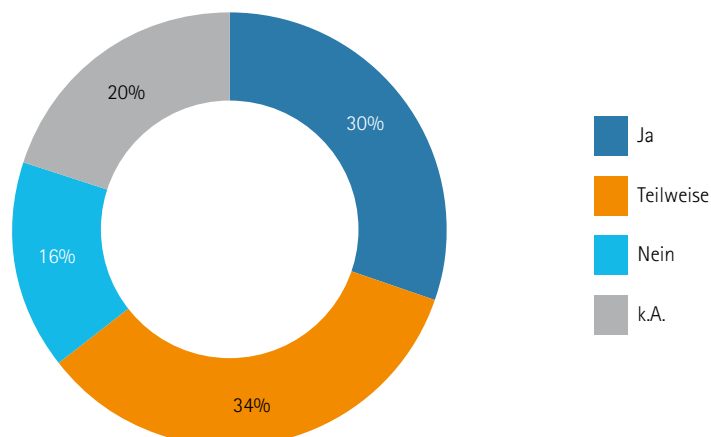


Abbildung 3
Evaluation und Berichterstattung

Werden die Strategien und Beschlüsse kontinuierlich evaluiert und findet eine Berichterstattung gegenüber der Politik statt?



ierliche Evaluation stattfindet und es eine Berichterstattung gegenüber der Politik gibt. Rund 30,4 % gaben an, dass dies der Fall sei, 34,4 % konnten dies zumindest teilweise bestätigen. In 15,6 % der Kommunen findet keine Berichterstattung und Evaluation statt und rund 20 % machten keine Angaben.

Hinsichtlich der zeitlichen Dimension der Evaluation der Beschlüsse lässt sich feststellen, dass sie von 7,4 % der Kommunen und Kreise in Abständen von weniger als einem Jahr überprüft werden. 23,7 % gaben an, sie jährlich zu überprüfen. Je 8,1 % nannten zwischen 12 und 24 Monate und über 24 Monate als Zeitraum der Evaluation. Allerdings machten 52,6 % keine Angaben hinsichtlich dieser Frage (vgl. Tabelle 6).

Die Evaluation hatte wiederum in 22,2 % der Kommunen und Kreisen zur Folge, dass bestehende Beschlüsse angepasst wurden. 25,2 % gaben an, dass es aufgrund dessen keine Anpassung gab, 52,6 % machten keine Angaben bezüglich dieser Frage.

Akteure und Prozesse

Verantwortliche Gremien

Von 135 Kommunen und Kreisen machten 131 Angaben auf die Frage zu etwaigen LA-21- bzw. Nachhaltigkeitsgremien. Dabei gaben 11 Kommunen und Kreise „keine Angaben möglich“ an. Zusammen mit den vier Kommunen und Kreisen ohne jeglichen Eintrag ergeben sie einen Anteil von rund 11,1 %. Über keine offiziellen Gremien verfügen 51³, d.h. rund 37,8 % der befragten Kommunen und Kreise, während die Mehrheit von ca. 51,1 % (69) mindestens eine Nennung eines LA-21- bzw. Nachhaltigkeitsgremiums machen konnte.

Abstand	Nennungen	%-Anteil
Weniger als 12 Monate	10	7,4
Jährliche	32	23,7
12- 24 Monate	11	8,1
Über 24 Monate	11	8,1
k.A.	71	52,6
Summe	135	100

Zählt man die 37,8 % der Kommunen und Kreise ohne mindestens ein Gremium und die 11,1 %, ohne Angabe zusammen, so bildet diese Gruppe mit 48,9 % beinahe die Hälfte. Verglichen mit der Rio +20 Befragung, bei der nur die Antwort-Option „keine Angaben möglich“ existierte, ergibt sich hier eine Steigerung von rund 4,9 %.

Weitere Auffälligkeiten sind die deutliche Abnahme von Agenda-21-Beauftragten bzw. Nachhaltigkeitskoordinatoren/innen in der Verwaltung um 12,5 %-Punkte (von 25,8 % auf 13,3 %), bei Nachhaltigkeitsräten oder -beiräten um 6,3 %-Punkte (von 9,3 % auf 3,0 %) sowie bei den kontinuierlichen Arbeitskreisen um 6,7 %-Punkte (von 31,9 % auf 25,2 %). Dahingegen gaben 24,4 % der Kommunen sonstige Gremien an, eine Kategorie, die in der Rio +20 Studie nicht abgefragt wurde. Leichte Zunahmen sind auch in den Kategorien „Agenda-21-/ bzw. Nachhaltigkeitsbüro bei der Kommune / beim Kreis“ (+ 3,1 %-Punkte) und „Verankerung von Lokaler Agenda 21 bzw. Nachhaltiger Entwicklung in einem oder mehreren Ratsausschüssen“ (+ 1,7 %-Punkte) zu verzeichnen (vgl. Tabelle 7 und Abbildung 4 auf der folgenden Seite). Die hier benannten Daten bestätigen in ihrer Grundgesamtheit die Aussagen der Rio+20 Studie. In NRW verfügen zahlreiche Kommunen über Strukturen, die sich mit einer nachhaltigen Entwicklung kontinuierlich befassen. Ungeklärt bleibt, weshalb sich zwar

Tabelle 6
Zeitliche Abstände der Evaluation

³ Diesem Wert sind zwei Kommunen zugerechnet, die zwar nicht explizit angaben, über keine Gremien zu verfügen, die aber unter der Antwortkategorie „Sonstiges“ auch kein Gremium im Sinne der Fragen angaben.

Tabelle 7

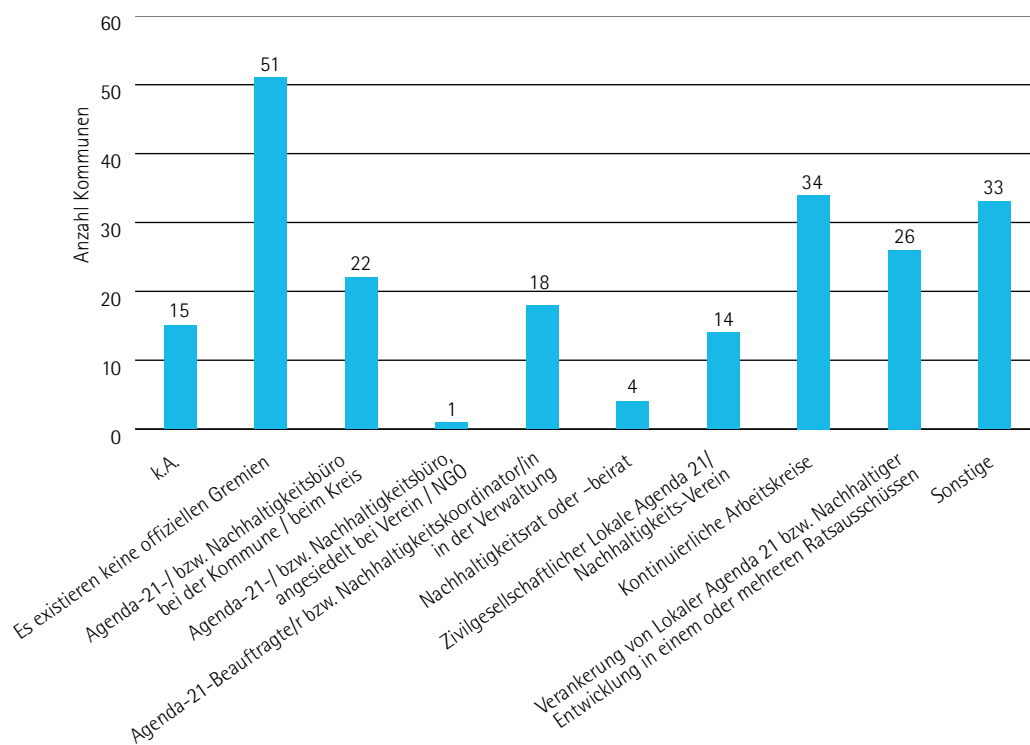
Offizielle LA-21 bzw. Nachhaltigkeitsgremien (Mehrfachnennungen waren möglich, ** hierunter: Kommunen/ Kreise ohne jegliche Angaben sowie mit Angabe "Keine Angaben möglich")

	Nennungen	%–Anteil (an Kommunen)	Vergleich mit Rio +20	
			Nennungen	%–Anteil (an Kommunen)
Keine Angaben möglich**	15	11,1	80	44
Es existieren keine offiziellen Gremien	51	37,8	.	.
Zwischensumme	64	48,9	80	44
Agenda-21-/ bzw. Nachhaltigkeitsbüro bei der Kommune / beim Kreis	22	16,3	24	13,2
Agenda-21-/ bzw. Nachhaltigkeitsbüro, angesiedelt bei Verein / NGO	1	0,7	5	2,7
Agenda-21-Beauftragte/r bzw. Nachhaltigkeitskoordinator/in in der Verwaltung	18	13,3	47	25,8
Nachhaltigkeitsrat oder -beirat	4	3	17	9,3
Zivilgesellschaftlicher Lokale Agenda 21/ Nachhaltigkeits-Verein	14	10,4	16	8,8
Kontinuierliche Arbeitskreise	34	25,2	58	31,9
Verankerung von Lokaler Agenda 21 bzw. Nachhaltiger Entwicklung in einem oder mehreren Ratsausschüssen	26	19,3	32	17,6
Sonstige	33	24,4	.	.
Summe	218		279	
<i>teilnehmende Kommunen</i>		<i>135</i>		<i>182</i>

Abbildung 4

Offizielle LA-21 bzw. Nachhaltigkeitsgremien

Welche offiziellen LA-21- bzw. Nachhaltigkeits-Gremien gibt es?



eine prozentuale Halbierung der Agenda 21- oder Nachhaltigkeitsstellen feststellen lässt, der prozentuale Anteil der Nachhaltigkeitsbüros demgegenüber aber gestiegen ist und auch bei den Personalstellen (Abbildung 6) kaum Veränderungen feststellbar waren.

Akteursgruppen

Auf die Frage hin, welche Akteursgruppen (Mehrfachnennungen waren möglich) den Nachhaltigkeitsprozess am stärksten antreiben, konnten 38, d.h. rund 28,1 % der Kommunen und Kreise keine Angaben machen. 58,5 % (79) der Befragten benannten die

Verwaltung als treibende Kraft, 43,7 % (59) die Zivilgesellschaft und immerhin noch 31,9 % (43) die Politik. 9,6 % benannten sonstige Akteure wie z.B. Schulen oder Kirchen als wichtige Akteure, nur 5,9 % (8) sehen hier die Wirtschaft als starken Treiber des Nachhaltigkeitsprozesses (vgl. Abbildung 5).

Ressourcen und Unterstützung

Personalmittel

41,5 % (56) der teilnehmenden Kommunen und Kreise stellen im Haushalt Personalmit-

Welche Akteursgruppen treiben den Nachhaltigkeitsprozess am stärksten an?

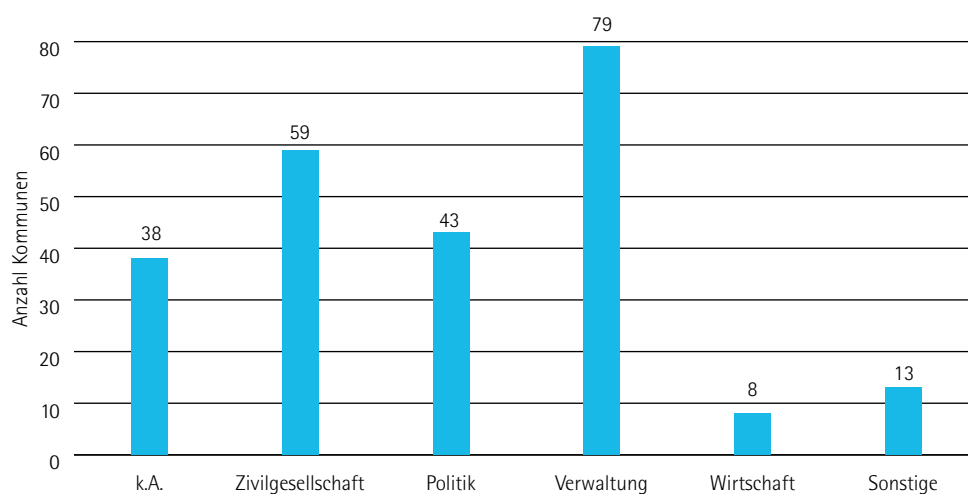


Abbildung 5
Akteursgruppen der Nachhaltigkeitsprozesse

Personalstellen nach Einwohnergrößenklasse

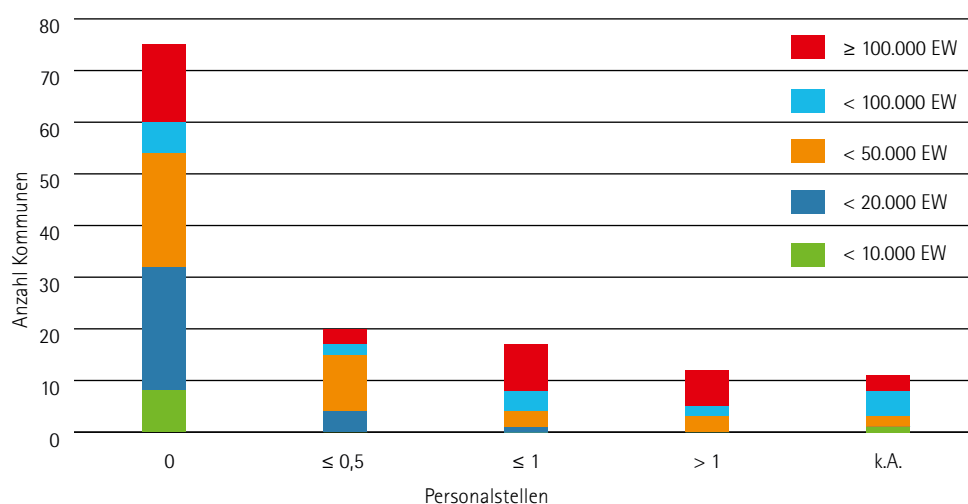


Abbildung 6
Personalstellen nach Einwohnergrößenklasse

tel zur Verfügung. 55,6 % (75) haben hierfür keine Mittel in den Haushalt eingestellt, 3 % konnten keine Angaben machen. Diese Verteilung bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie es in der Rio +20 Studie bereits festgestellt wurde. Von den Kommunen und Kreisen, die Personalmittel eingestellt haben, verfügen 20 über bis zu einer halben Stelle, 17 über bis zu einer ganzen Stelle und 12 über mehr als eine Personalstelle. Festzustellen ist zudem, dass es eine positive Korrelation zwischen der Größe der Kommunen

bzw. des Kreises nach Einwohnern und den zur Verfügung gestellten Personalmitteln gibt (vgl. Abbildung 6)⁴.

Haushaltsmittel

Ähnliche Ergebnisse ergeben sich auch bei den zur Verfügung gestellten Sachmitteln. 45,9 % (62) der Kommunen und Kreise stellen Sachmittel im Haushalt zur Verfügung, 48,9 % (66) tun dies nicht und 5,2 % (7) konnten keine Angaben machen. Den Angaben der Befragten zu Folge verfügen 10 von ihnen über bis zu

Abbildung 7
Haushaltsmittel nach
Einwohnergrößenklasse

Haushaltsmittel nach Einwohnergrößenklasse

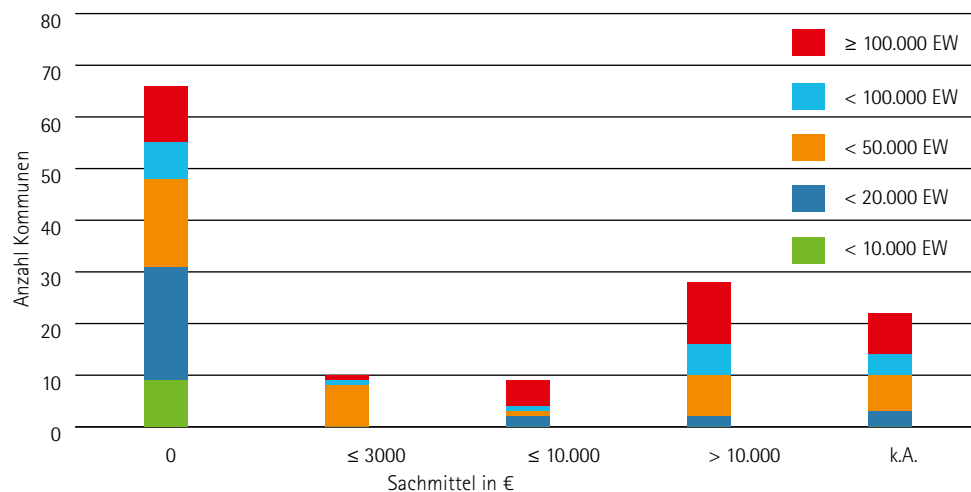
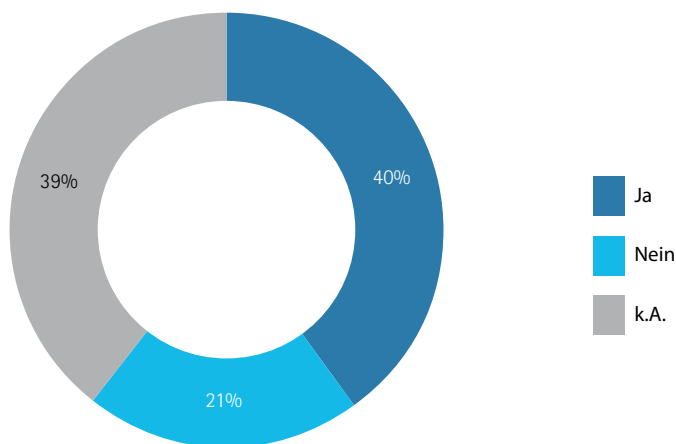


Abbildung 8
Unterstützende Aktivitäten
durch höhere politisch-
administrative Ebenen

Gibt es unterstützende Aktivitäten durch Region, Land, Bund, EU?



⁴ Da einige Kommunen und Kreise zwar bejahten, über Personalmittel zu verfügen, diese aber nicht quantifizieren konnten, ist in Abbildung 6 die Anzahl der Einträge „k.A.“ höher.

3000 € Haushaltsmittel, 9 über bis zu 10.000 € und 28 über mehr als 10.000 €.

Vertikale Integration

40 % der befragten Kommunen und Kreise gaben an, von höheren politischen administrativen Ebenen wie von Kreisen, regionalen Zusammenschlüssen, dem Land NRW, dem Bund oder der EU Unterstützung für die jeweiligen Nachhaltigkeitsprozesse zu erfahren. 20,7 % nahmen keine unterstützenden Aktivitäten oder Programme wahr, 39,3 % machten hierzu keine Angaben (vgl. Abbildung 8).

Begleitende und unterstützende Programme und Strategien in der Kommune/Kreis

Kommunen und Kreise erfahren in Teilen nicht nur Unterstützung durch höhere politisch-administrative Ebenen, der kommunale Nachhaltigkeitsprozess wird ebenso durch Kampagnen, Strategien und Programme innerhalb der eigenen Gebietskörperschaft unterstützt. Bei 59,3 % (80) der Befragten gibt es entsprechende Programme und Strategien. Bei 18,5 % (25) gibt es keine derartigen Programme und Strategien, 22,2 % (30) machten keine Angaben (vgl. Abbildung 9).

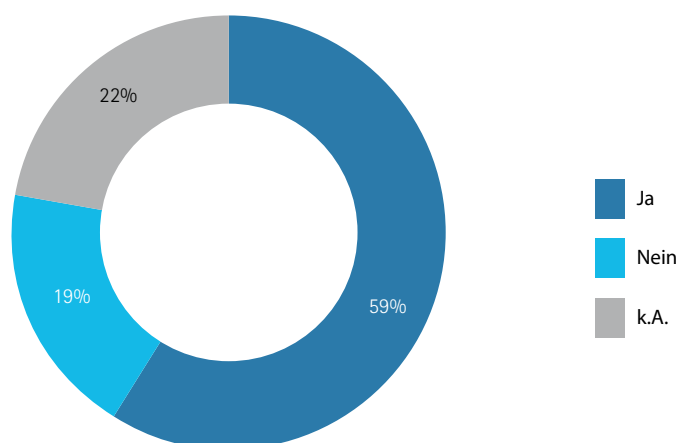
Ergebnisse und Output

Bewertung der eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten

Bei der Bewertung des bisherigen Gesamterfolges der eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten zeigt sich, dass 48,1 % (65) der Kommunen und Kreise ein positives Urteil fällen und angaben, viel oder einiges erreicht zu haben. Dem gegenüber stehen 29,6 % (40) Kommunen, die ein eher negatives Ergebnis konstatierten und angaben, wenig oder kaum etwas erreicht zu haben. 22,2 % (30) Kommunen trafen keine Einschätzung hierzu.

Abbildung 9
Unterstützende Programme und Strategien innerhalb der Kommune/Kreis

Gibt es unterstützende Programme und Strategien in der Kommune/Kreis?



Wie bewerten Sie generell den Agenda 21- bzw. Nachhaltigkeitsprozess in Ihrer Kommune/Kreis bis zum heutigen Tag?

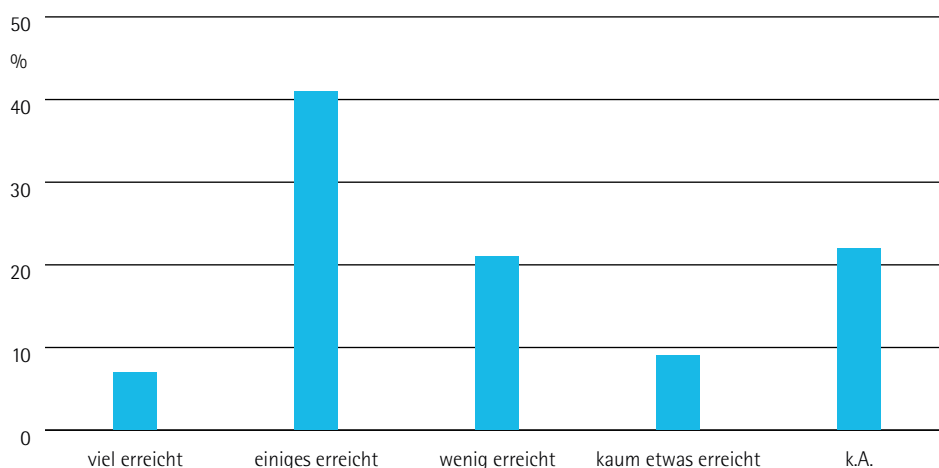


Abbildung 10
Generelle Bewertung des Nachhaltigkeitsprozesses

Effekte der Nachhaltigkeitsaktivitäten

Zu acht Aufgabenbereichen der Nachhaltigkeit konnten die teilnehmenden Kommunen und Kreise ihre Einschätzungen abgeben: ökologische Effekte, ökonomische Effekte, soziale Effekte, politische Effekte, kulturelle Effekte, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Globale Gerechtigkeit. Die Befragten bewerteten dabei, die Effekte, die durch die eigenen Nachhaltigkeitsaktivitäten erreicht worden sind. Am besten schnitten dabei die ökologischen Effekte ab, zu den 60,7 % eine positive Einschätzung abgaben (10,4 % viel erreicht, 50,4 % einiges erreicht). Dem folgen die sozialen Effekte mit 41,5 % (8,1 % viel erreicht und 33,3 % einiges erreicht) und die kulturellen Effekte mit 39,3 % (3,7 % viel erreicht, 35,6 % einiges erreicht) positiven Einschätzungen. Schlusslicht der Betrachtung sind die Effekte zur Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit mit 27,4 % und 25,2 % positiven Antworten (vgl. Abbildung 11).

Keine Aussagen zu den Effekten konnten je nach Aufgabenbereich 18,5 % bis 40 % der Kommunen und Kreise machen. Diese große Spanne zeigt, dass die Kommunen die Effekte in bestimmten Aufgabenbereichen deutlich besser bzw. schlechter einschätzen können als in anderen. Bereinigt man die Ergebnisse um diese Antwortgruppe und betrachtet nur die eher positiv wie eher negativ getroffenen Einschätzungen, wird der Unterschied zwischen den einzelnen Bereichen noch etwas deutlicher (vgl. Abbildung 12).

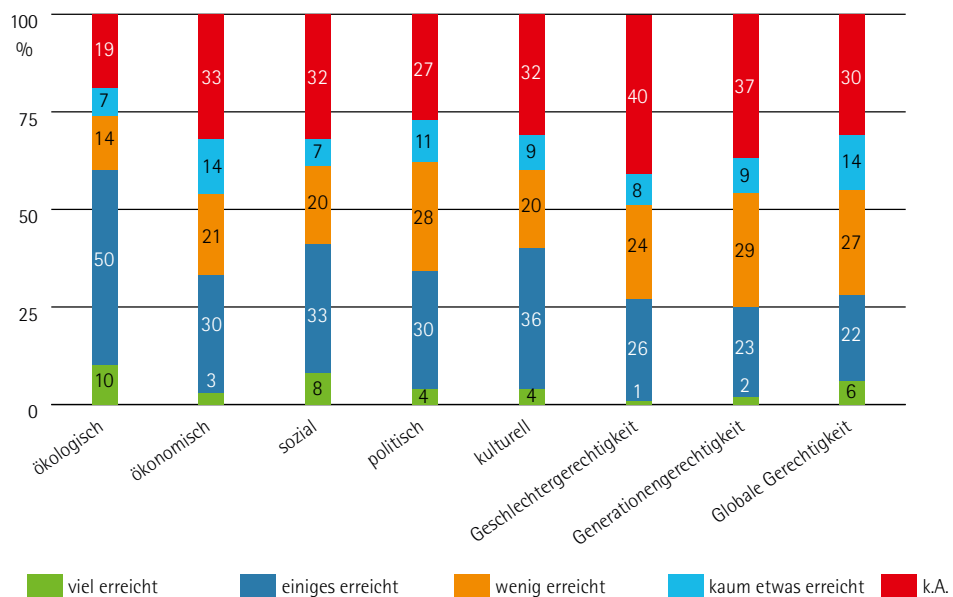
Förderung der Partizipation

Unterstützung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement

Die Kommunen und Kreise wurden gebeten, ihre Bemühungen und Maßnahmen, um Partizipation und bürgerschaftliches Engagement für eine Nachhaltige Entwicklung zu unterstützen und zu fördern, einzuschätzen.

Abbildung 11
Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten

Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten



Nur 2,2 % gaben dabei an, Partizipation und bürgerschaftliches Engagement gar nicht zu unterstützen. 16,3 % antworteten mit „wenig“ und 24,4 % mit „mittelmäßig“. 40 % schätzten ihre Unterstützung positiv ein (28,1 % „ziemlich“, 11,9 % „sehr“) und 17 % trafen keine Einschätzung (vgl. Abbildung 13).

Würdigung von zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsaktivitäten

Die Kommunen und Kreise gaben zu 28,9 % an, zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsaktivitäten „sehr“ (6,7 %) oder „ziemlich“ (22,2 %) zu unterstützen. 21,5 % sahen die Würdigung eher als „mittelmäßig“ an, 15,6 % als

Positive und negative Einschätzungen der Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten

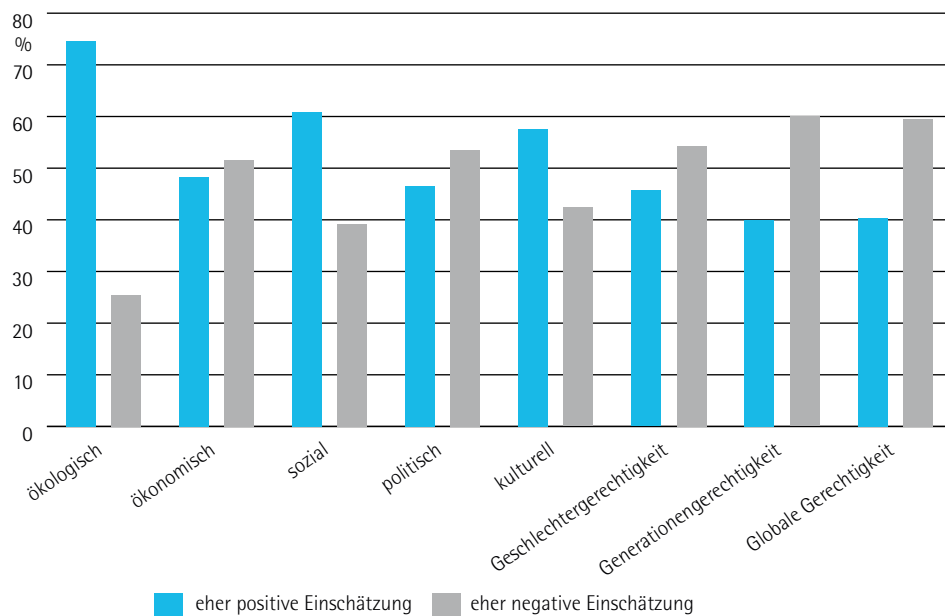


Abbildung 12

Positive und negative Einschätzungen der Effekte durch Nachhaltigkeitsaktivitäten

Wie sehr unterstützt die Kommune/der Kreis Partizipation?

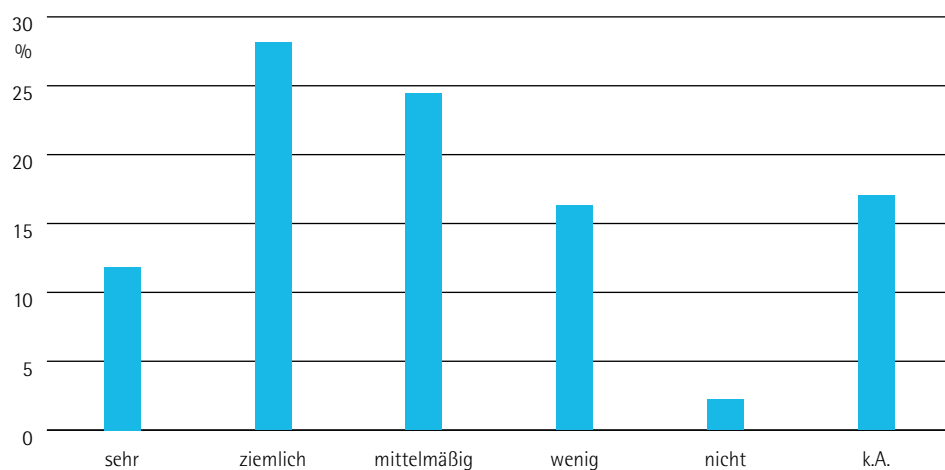


Abbildung 13

Unterstützung von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement durch die Kommunen/den Kreis

wenig und nur 5,9 % als nicht gegeben. 28,1 % der Befragten konnte dazu keine Angabe machen (vgl. Abbildung 14).

Ausblick

Priorisierung der künftigen Nachhaltigkeitsaktivitäten

83,7 % der befragten Kommunen und Kreise sprechen sich dafür aus, dass Nachhaltigkeitsaktivitäten auf lokaler Ebene zukünftig

eine höhere Priorität erhalten sollten (vgl. Abbildung 15).

Trends der kommenden zehn Jahre

Die Kommunen und Kreise wurden befragt, welche Themenbereiche der Nachhaltigkeit in den kommenden zehn Jahren aus ihrer Sicht an Bedeutung gewinnen werden. Hier wurden 17 Themenfelder vorgegeben und es bestand die Möglichkeit, weitere unter dem Punkt „Sonstiges“ zu nennen⁵. 12 Befragte konnten hierzu keine Angaben machen.

Unter den genannten Themen wurde als

Abbildung 14
Würdigung von zivilgesellschaftlichen Nachhaltigkeitsaktivitäten

In welchem Maße würdigt die Kommune/der Kreis zivilgesellschaftliche Nachhaltigkeitsaktivitäten?

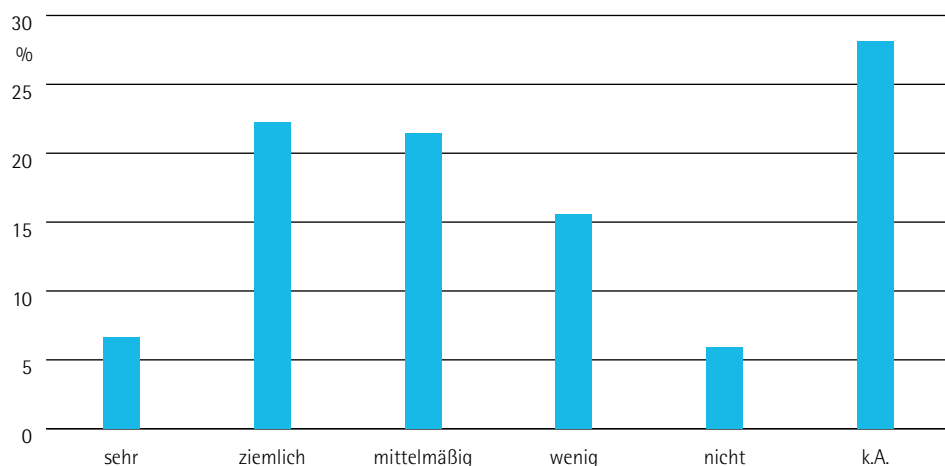
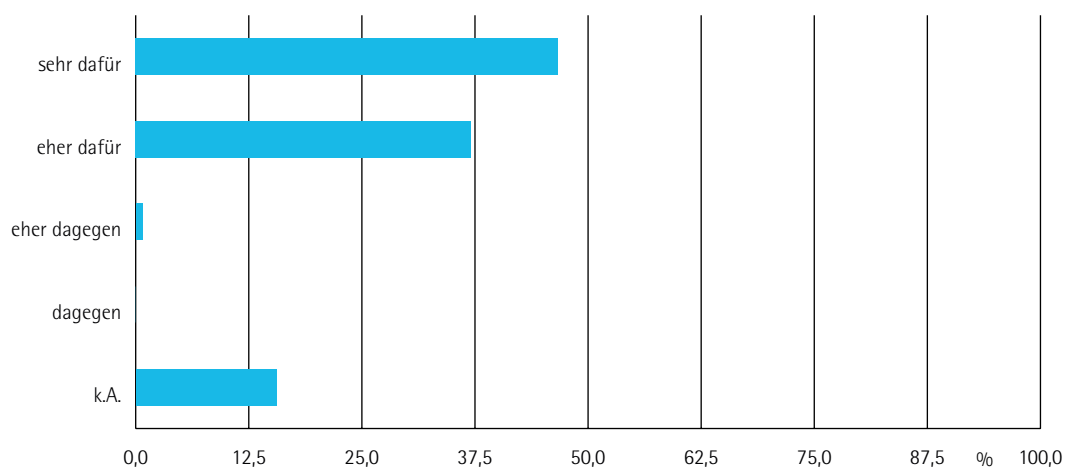


Abbildung 15
Priorisierung der Nachhaltigkeitsaktivitäten

Sollte Nachhaltigkeit auf lokaler Ebene eine stärkere Priorität erhalten?



⁵ Bei der Rio + 20 Studie wurden 7 Themenfelder sowie die Antwortmöglichkeit „Andere“ vorgegeben. Ein Vergleich der Ergebnisse bietet sich daher an dieser Stelle nicht an.

gewichtigstes Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung genannte (173 Nennungen), gefolgt von Migration und Flüchtlingsthematik (107) sowie Nachhaltige Mobilität (99). Am geringsten fiel das Votum für Bevölkerungszunahme (12), Eine Welt (27) und Wirtschaftliche Entwicklung und Krisenbewältigung (29) aus. Des Weiteren gab es 9 sonstige Nennungen (vgl. Tabelle 8).

3.3

Zwischenfazit

Im Wesentlichen werden durch die aktualisierte Umfrage der qualitativen Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit die Ergebnisse der aus 2012 stammenden Rio+20 Studie NRW bestätigt. Mit den Ergebnissen zu Strukturen und Themen einer nachhaltigen Entwicklung auf der lokalen Ebenen kann das Land NRW auf einen validen Datensatz zurückgreifen und entsprechende Veränderungsprozesse einleiten. Offensichtlich ist, dass es in NRW eine Vielzahl von Kommunen gibt, die sich seit den erstmaligen Beschlüssen zur Lokalen Agenda 21 in den späten 90er und frühen 00er Jahren, intensiv mit einer zukunftsgerechten Stadtentwicklung befassen und kontinuierliche Verbesserungsprozesse eingeleitet haben. Die Anzahl der sektoralen Strategien zeigt dabei auf, dass gerade im Umwelt- und Sozialbereich auf Analysen basierende Masterpläne und Strategien aufgestellt wurden. Hierzu trägt sicherlich auch die immense Ausweitung der Klimaschutz- und Klimaanpassungsberichte der Kommunen bei, die von nationaler Ebene gefördert wurden. Offensichtlich ist allerdings auch, dass es ein Defizit in der Evaluation der Strategien gibt. Hier geben nur ein Viertel der Kommunen an, dass die Strategien im Rahmen eines Überprüfungsprozesses fortgeschrieben werden. Ein solcher kontinu-

Themenbereich	Nennungen
Klimaschutz/-anpassung*	173
Migration und Flüchtlingsthematik	107
Nachhaltige Mobilität	99
Alterung der Gesellschaft	89
Soziale Integration	67
Haushaltssituation der Kommunen	63
Flächenschutz	60
Biodiversität	42
Bildung für Nachhaltige Entwicklung	42
Bevölkerungsabnahme	40
Armuts-/Reichtumsentwicklung	38
Beschäftigungsentwicklung	36
„green economy“ - ökologisches Wirtschaften	30
Wirtschaftliche Entwicklung und Krisenbewältigung	29
Eine Welt	27
Bevölkerungszunahme	12
Sonstiges	9
k.A.	12

Tabelle 8

Themen von wachsender Bedeutung
* Einzelnennungen zu „Klimaschutz“ (81) und zu „Anpassung an den Klimawandel“ (92) sind hier zusammengefasst dargestellt

ierlicher Verbesserungsprozess ist allerdings essentiell, um Erfolg und Misserfolg von Zielen und Maßnahmen zu überprüfen. Hier sollte in Zukunft ein Ansatzpunkt für Hilfestellungen bei den Kommunen sein.

Bei den Daten zum Einsatz von Personal- und Finanzressourcen für die Begleitung und Umsetzung von Nachhaltigkeitsprozessen zeigt sich kaum eine Veränderung in den letzten Jahren. Insgesamt gesehen sind die eigens für die LA 21 oder Nachhaltigkeit eingesetzten Mittel bei Weitem zu gering, um die größer werdenden Herausforderungen nur annähernd bewältigten zu können. Sicherlich werden einige Aufgaben der Agenda 21 Beauftragten der letzten Jahre durch die befristete Neueinstellung von Klimaschutzmanagern aufgewogen. Allerdings

sei darauf hingewiesen, dass es sich sowohl bei Klimaschutz und Klimaanpassung sowie einer nachhaltigen Entwicklung per se um Langfristaufgaben handelt, die entsprechend ausgestattet sein sollten. So sind in der Vergangenheit nach Auslaufen der Fördermechanismen zahlreiche LA 21-Stellen nicht entfristet worden und somit wieder weggefallen und damit auch das Know-how und die aufgebauten Netzwerke. Hinsichtlich der Finanzierung von Nachhaltigkeitsprozessen durch den kommunalen Haushalt, wäre es von Vorteil, die Zielsetzungen der bestehenden Strategien in die Haushaltssatzungen zu übertragen und somit einer Nachhaltigen Entwicklung auch ein „kassenwirksames Gewicht“ zu geben. Durch die Ergebnisse der COP 21 in Paris, der Beschlussfassung der 2030-Agenda mit ihren sustainable development goals, der Neuaufstellung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der erstmaligen Aufstellung der NRW Nachhaltigkeitsstrategie bestehen für die Kommunen auf mehreren Ebenen neue Referenzrahmen für die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung. Bestätigt wird die Wichtigkeit auch durch die Aussage der Kommunen, nach denen fast 84% der Auffassung sind, dass Nachhaltigkeit eine höhere Priorität erhalten sollte.

Nahezu 50% der Kommunen sehen sich bisher auf einem vorsichtig positiven Weg bei der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, insbesondere bei ökologischen Effekten aber auch bei sozialen und kulturellen Effekten ist die Mehrheit der Auffassung, dass sich eine gute Entwicklung ergeben hat. Dennoch zeigt sich, dass bei zentralen Herausforderungen (Geschlechter-, Generationen-, und globaler Gerechtigkeit) keine Trendumkehr zu verzeichnen ist. Die Themen der Zukunft werden von den befragten Kommunen neben Klimaschutz und nachhaltiger Mobilität, hauptsächlich in sozialen Fragestellungen und tagesaktuell insbesondere in

Fragen der Migration und Flüchtlingspolitik, Alterung der Gesellschaft, sozialer Integration gesehen. Flächenschutz, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Biodiversität nehmen zudem eine wichtige Rolle bei den Zukunftsfragen ein.

3.4

Methodischer Ausblick

Die Erfassung und Abbildung der Nachhaltigkeitsaktivitäten und -prozesse auf kommunaler Ebene dürfte auch zukünftig im Wesentlichen auf Abfragen bei den Kommunen und Kreisen beruhen. Einerseits liegen dort die für die Erhebung notwendigen Daten vor, andererseits sind die Erfahrungswerte und Einschätzungen der Kommunen und Kreise elementare Informationen zur Beurteilung des Standes der nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene.

Von besonderer Bedeutung ist es daher prinzipiell eine möglichst hohe Beteiligung an künftigen Befragungen zu erreichen. Dabei ist auch darauf zu achten, dass sich unterschiedliche Gemeindetypen gleichmäßig beteiligen. Wie zuvor dargestellt wurde, sind insbesondere kleinere Kommunen deutlich unterrepräsentiert im Vergleich zu bspw. kreisfreien Städten und Kreisen. Weiterhin erscheint es sinnvoll, einen gewissen Stamm an Basis-Fragen zu erhalten, der eine Vergleichbarkeit der verschiedenen Befragungen gewährleistet, wobei es ergänzende Teile der Befragung geben kann, die bestimmte zeitweise von größerem Interesse erscheinende Themenbereiche abdecken. Um die Vergleichbarkeit von Befragungen im Zeitverlauf zu ermöglichen, ist jedoch nicht nur der Inhalt der Befragung zu berücksichtigen. Wie bereits eingangs in diesem Kapitel dargestellt, erschweren unterschiedliche

Beteiligungsgrade an den Befragungen die Vergleichbarkeit, zumal es zu Veränderungen in der Struktur der antwortenden Kommunen und Kreise kommen kann. Statistisch gesehen wäre die vorteilhafteste Lösung eine jeweilige Vollerhebung, um zumindest diese grundlegende Fehlerquelle für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auszuschließen.

4.1

Hintergrund und Zielsetzung des quantitativen Indikatorensets

Nachdem im vorangegangenen Kapitel das Hauptaugenmerk auf die qualitativen Indikatoren zu Strukturen, institutionellen Rahmenbedingungen sowie Strategien und Aktivitäten in den jeweiligen Kommunen hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung gelegt wurde, wendet sich dieses Kapitel quantitativen Fragestellungen zu.

Dazu wird ein Set von insgesamt 21 Nachhaltigkeitsindikatoren beschrieben sowie ihre Entwicklung in den letzten Jahren für unterschiedliche Klassen von Kommunen dargestellt. Es werden an dieser Stelle keine Bewertungen oder Interpretationen der vorgenommenen Berechnungen durchgeführt, diese müssen Gegenstand einer dezidierten Auseinandersetzung mit den Indikatoren vor Ort sein.

Die im Folgenden beschriebenen quantitativen Nachhaltigkeitsindikatoren sind als ein Angebot an die Städte und Gemeinden in NRW zu verstehen, sich bewusster mit statistisch messbaren Kenngrößen auseinanderzusetzen, welche Rückschlüsse auf den eigenen Stand hinsichtlich einer Nachhaltigen Entwicklung erlauben. Mithilfe der hier beschriebenen Indikatoren können die Städte und Gemeinden folgenden Fragestellungen nachgehen:

- Welche allgemeinen Entwicklungen in unterschiedlichen thematischen Berei-

chen einer Nachhaltigen Entwicklung können auf kommunaler Ebene in NRW insgesamt beobachtet werden?

- Welche Entwicklungen sind in Kommunen mit ähnlichen strukturellen und dynamischen Gegebenheiten in NRW zu beobachten?
- Wie stellt sich die Entwicklung der eigenen Kommune im Vergleich mit strukturell und dynamisch ähnlich geprägten Kommunen in NRW dar?

Da die den Indikatoren zugrundeliegenden Daten für alle 396 Städte und Gemeinden in NRW erhoben und ausgewertet wurden, kann auf Wunsch für einzelne Kommunen eine detailliertere Auswertung erfolgen, die u.a. folgende weiterführenden Fragen beantworten kann:

- Wie entwickelt sich die eigene Kommune im Vergleich zu den Nachbarkommunen/ den Kommunen im Kreis/ der Region/ des Regierungsbezirks?
- Inwiefern korreliert die Entwicklung eines Indikators mit anderen statistisch messbaren Entwicklungen in der Kommune (z.B. Flächenverbrauch mit Bevölkerungsentwicklung/ Beschäftigtenentwicklung)?

Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen kann somit ein Katalysator sein, sich dezidiert mit Fragen des Monitorings, also der regelmäßigen und systematischen Erfassung von Kenngrößen in bestimmten Bereichen einer Nachhaltigen Entwicklung zu befassen und sich mit anderen Kommunen zu vergleichen. Sollten bereits sektorale oder integrierte Strategien, Konzepte, Pläne o.ä. mit Bezug zu einer Nachhaltigen Entwicklung in

einer Kommune bestehen bzw. sollen solche entwickelt werden, bietet das vorliegende Indikatorenset weitergehende Möglichkeiten hinsichtlich der Formulierung von Nachhaltigkeitszielen bzw. ihrer kontinuierlichen Evaluation. Es können sich somit folgende Fragen anschließen:

- Wie soll sich die Kommune auf Grundlage der bisherigen Entwicklungen in bestimmten Bereichen Nachhaltiger Entwicklung in Zukunft weiterentwickeln, welche Zielsetzungen können bis zu bestimmten Jahreswerten erreicht werden?
- Gibt es hinsichtlich eines gesetzten Ziels Abweichungen im Zielkorridor, die ein Erreichen des Ziels gefährden oder begünstigen?

Hinsichtlich der Evaluation und der Formulierung von Zielen müssen hier die Grenzen bei der Verwendung quantitativer Nachhaltigkeitsindikatoren aufgezeigt werden. Nachhaltigkeitsindikatoren sind per se reine Anzeiger, die versuchen, eigentlich nicht direkt messbare Aspekte des abstrakten Prinzips „Nachhaltige Entwicklung“ aufzuzeigen. Die Indikatoren sind somit kein Abbild der Realität, sondern ein Hilfsmittel zur annäherungsweisen Darstellung des abstrakten Themas Nachhaltigkeit mit seinen verschiedenen Facetten. In dieser Hinsicht sind die hier präsentierten Indikatoren auch nicht selbsterklärend. Sie zeigen nicht auf, warum sich eine bestimmte Entwicklung vollzogen hat bzw. warum ein bestimmter Status Quo ermittelt wurde. Sollen stichhaltige Aussagen zum Grad der Nachhaltigen Entwicklung einer Kommune getroffen werden, so müssen die Indikatoren vor dem

Hintergrund kommunaler Spezifika interpretiert werden. Dies ist notwendig, da die jeweilige Ausprägung eines Indikators nicht pauschal bewertet werden kann. So kann beispielsweise je nach Kontext die Interpretation des Indikators „Bevölkerungsentwicklung“ ganz unterschiedlich ausfallen. Auf der einen Seite mag eine wachsende Bevölkerung ein erstrebenswertes Ziel im Zusammenhang einer Nachhaltigen Entwicklung sein (Steuereinnahmen, Auslastung vorhandener Infrastrukturen). Andererseits kann eine wachsende Bevölkerung aber auch nicht Nachhaltige Entwicklungen anstoßen (steigende Miet-/ Grundstückspreise, zusätzliches Verkehrsaufkommen, mehr Flächenverbrauch). Dementsprechend ist eine ausschließliche Ableitung von kommunalen Nachhaltigkeitszielen auf Grundlage der hier vorgestellten Indikatoren nicht ausreichend, da die in den verschiedenen Dimensionen von Nachhaltigkeit zwangsläufig auftretenden Zielkonflikte einer gesamtgesellschaftlichen Aushandlung und Harmonisierung bedürfen. Vielmehr sollte die eingehende Interpretation der Indikatoren in einen umfassenden strategischen Prozess münden, in welchem Akteure aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam die Leitlinien und übergeordneten Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung ihrer Kommune definieren und die Grundlagen für ein tragfähiges Managementmodell mit kontinuierlicher Evaluation der eigenen Nachhaltigkeitsstrategie legen. Hierzu kann u.a. das von der LAG 21 NRW entwickelte Modell zur partizipativen Erarbeitung von integrierten und auch sektoralen Nachhaltigkeitsstrategien als Hilfestellung dienen, wie

es beispielsweise in den Projekten „Global Nachhaltige Kommune NRW“ oder „Nachhaltiges Flächenmanagement“ eingesetzt wird.

Nach der Erläuterung des generellen Hintergrundes und den Möglichkeiten zur Anwendung des Indikatorensets, werden die nächsten Kapitel zunächst das methodische Vorgehen zur Definition der Nachhaltigkeitsindikatoren aufzeigen um dann abschließend die eigentlichen Indikatoren in Form von einheitlichen Stammblätern zu präsentieren. Die hier vorliegende Executive Summary wird sich dabei auf die exemplarische Darstellung von zwei der insgesamt 21 Indikatoren beschränken. Das komplette Indikatorenset kann in der Langfassung des Berichtes unter www.lag21.de/themen-und-projekte/forschung/aktuelle-projekte/nrwkommunal.html eingesehen werden. Abschließend wird ein Ausblick auf die Weiterentwicklung des Indikatorensets gegeben.

4.2

Methodisches Vorgehen

Datengrundlage

Da das Indikatorenset u.a. das Ziel verfolgt einheitliche, auf kommunaler Ebene darstellbare Indikatoren für alle 396 Städte und Gemeinden in NRW zu definieren, müssen vorab bestimmte Kriterien für die auszuwählenden Datengrundlagen definiert werden:

- Vergleichbarkeit (ausgewählte Daten liegen für alle 396 Städte und Gemeinden NRWs vor)
- Verfügbarkeit (ausgewählte Daten sind für alle 396 Städte und Gemeinden NRWs frei verfügbar)
- Relevanz (ausgewählte Daten haben einen Bezug zum Thema Nachhaltige Entwicklung)
- Aktualität (ausgewählte Daten sind aktuell und werden regelmäßig aktualisiert)

Diesen Kriterien wird das Angebot von IT.NRW mit seinen statistischen Publikationen sowie der Landesdatenbank NRW insgesamt gerecht, so dass sich mit wenigen Ausnahmen die Daten aller Indikatoren aus dieser Datenquelle speisen. Der einzige in diesem Indikatorenset ausgewählte Indikator mit einer anderen Datenquelle ist der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch. Hier werden die nach EEG geltenden Mitteilungs- und Veröffentlichungspflichten der Netzbetreiber verwendet, um mittels eines datenbankgestützten Zuordnungsalgorithmus die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen den einzelnen Städten und Gemeinden zuzuordnen. Ebenso sind die diesem Indikator zu Grunde liegenden Werte des Bruttostromverbrauchs nicht unmittelbar der Landesdatenbank entnommen worden. Hier wurde auf eine separate, öffentlich zugängliche Aufbereitung der Daten durch das Internationale Wirtschaftsforum Regenerative

Energien (IWR) im Auftrag des Landes NRW zurückgegriffen⁶.

Definition der Nachhaltigkeitsindikatoren

Unter der Prämisse hauptsächlich die Datenquellen von IT.NRW zu verwenden sowie einen Beitrag zur vertikalen Integration von Nachhaltigkeitsstrategien auf unterschiedlichen Ebenen zu leisten, wurde eine induktive, also aus der Empirie hergeleitete, Herangehensweise zur Definition einheitlicher kommunaler Nachhaltigkeitsindikatoren gewählt.

In einem ersten Schritt wurden alle verfügbaren Datenbestände von IT.NRW gesichtet und ihre mögliche Aussagekraft im Kontext einer Nachhaltigen Entwicklung beurteilt sowie ihre Verfügbarkeit auf der Gemeindeebene kontrolliert. Der so gefilterte Datensatz und daraus ableitbare Indikatoren wurde in einem zweiten Schritt mit anderen Indikatorensets verglichen. Zur Gewährleistung einer starken vertikalen Integration wurde besonderer Wert auf die Indikatoren der Bundesnachhaltigkeitsstrategie sowie in Aufstellung befindlichen Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Nordrhein-Westfalen gelegt. Jedoch zeigte sich hierbei auch, dass eine reine Ableitung von bereits bestehenden oder diskutierten Indikatoren auf höheren Ebenen auf die kommunale Ebene derzeit auf Grund der Datenlage oftmals nicht möglich ist. Im Sinne einer horizontalen Integration wurden ebenfalls Indikatoren kommunaler Nachhaltigkeitsberichte und -strategien gesichtet und mit den Möglichkeiten des Datensatzes verglichen.

Mit diesem Vorgehen wurde ein vorläufiges Indikatorenset definiert, das in einem zweiten Schritt Thema einer Fokusgruppen-

sitzung war. Beteiligt an diesem Expertengespräch waren Vertreterinnen und Vertreter folgender Institutionen:

- Bertelsmann Stiftung
- Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Landkreistag NRW
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund NRW
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

Das Gespräch fokussierte sich einerseits auf die Überprüfung des vorläufigen Indikatorensets hinsichtlich folgender Fragen:

- Wie geeignet sind die jeweiligen Indikatoren, um eine Nachhaltige Entwicklung auf kommunaler Ebene zu abbilden?
- Wie ist die Datenvalidität der jeweiligen Indikatoren einzuschätzen?
- In welchem Ausmaß können die Kommunen die den Indikatoren zu Grunde liegenden Prozesse und Strukturen beeinflussen?

Insbesondere mit der letzten Frage wurde im Gespräch auch die Steuerungsrelevanz der jeweiligen Indikatoren diskutiert, nicht zuletzt, um die Aussagefähigkeit des Indikatorensets für die kommunalen Akteure zu steigern. Die Fokusgruppensitzung beschäftigte sich andererseits mit der Aufgabe, das Indikatorenset hinsichtlich seines Umfangs, etwaig noch einzufügender Indikatoren und seiner grundlegenden Struktur zu diskutieren.

Als Ergebnis des Fokusgruppengesprächs wurden einige wenige Indikatoren verworfen, da ihre Aussagekraft hinsichtlich einer nach-

⁶ Vgl. <http://www.energiestatistik-nrw.de>

haltigen Entwicklung für nicht ausreichend bewertet wurde. Es wurden aber ebenfalls weitere, bislang nicht berücksichtigte Indikatoren diskutiert, die letztlich auch Eingang in das endgültige Indikatorenset erhielten – soweit die Datengrundlage dafür vorhanden war. Bezüglich der Struktur der Darstellung des Indikatorensets war es ein Ergebnis der Diskussion, dass vor allem der Entwicklungsaspekt in den Vordergrund gestellt werden müsse. Daher wurden für diese Studie nicht allein aktuelle statische Werte berechnet, sondern möglichst auch die Veränderungen in den letzten Jahren. So können nunmehr in der Gesamtheit für das Bundesland NRW aber auch für jede einzelne Kommune nicht nur die aktuelle Situation, sondern auch die Entwicklungstendenzen erfasst werden.

Da die Ergebnisse dieser Studie nicht zuletzt den Kommunen als Hilfestellung für die Beurteilung und Weiterentwicklung ihrer künftigen Aktivitäten im Bereich der nachhaltigen Entwicklung dienen sollen, wurden die Indikatoren nicht nur für die einzelnen Kommunen, sondern auch für Vergleichsgruppen berechnet. Vergleichsgruppen sind in diesem Sinne Kommunen, die aufgrund ähnlicher Merkmale in einer Klasse zusammengefasst sind. Die dazu ausgewählten Merkmale sind einerseits die Einwohnergrößenklasse der Kommunen und weiterhin die Entwicklung der Einwohnerzahlen der letzten drei Jahre. Damit beinhalten die Vergleichsgruppen ein statisches (Einwohnerzahl) wie auch ein dynamisches Element (Einwohnerentwicklung) auf Grundlage eines wichtigen Indikators für die Nachhaltige Entwicklung, der Bevölkerungsentwicklung.

Im Ergebnisteil dieses Kapitels werden daher stets die Entwicklung des Indikators für die jeweiligen Hauptvergleichsgruppen sowie NRW und zudem eine Datentabelle einschließlich der Differenzierung der Vergleichsgruppen dargestellt. Im Rahmen

dieser executive summary ist dabei allerdings nur die beispielhafte Präsentation zweier Indikatoren möglich. In der Hauptstudie, die unter www.lag21.de/themen-und-projekte/forschung/aktuelle-projekte/nrwkommunal.html heruntergeladen werden kann, finden sich alle 21 Indikatoren wieder.

4.3

Nachhaltigkeitsindikatoren

Folgende Indikatoren sind im Rahmen der zuvor beschriebenen Methodik und der konkreten Abläufe entwickelt worden:

1. Bevölkerungsentwicklung
2. Altenquotient
3. Jugendquotient
4. Abhängigenquotient
5. Schulabschlussquote
6. Schulabgänger mit höherem Abschluss
7. Betreuungsquote der unter 3-Jährigen
 - a. 3 bis unter 6-Jährigen
 - b. 6 bis unter 14-Jährigen
8. Wahlbeteiligung
9. Verkehrssicherheit
10. Flächeninanspruchnahme
11. Erholungs- und Friedhofsfläche
12. Ökologisch bewirtschaftete Landwirtschaftsfläche
 - a. Landwirtschaftsfläche
13. Wohnflächenbedarf
14. Erneuerbare Energien am Stromverbrauch
15. Pkw-Dichte
16. Kommunale Schulden
 - a. Kassenkredite
17. Steuereinnahmekraft
18. Grundsicherungsquote
19. Abweichung vom Durchschnittseinkommen
20. Gewerbliche Neugründungen
21. Beschäftigtenquotient
 - a. Am Wohnort
 - b. Am Arbeitsort

Nachfolgend werden exemplarisch zwei der hier aufgelisteten Indikatoren in einheitlichen Stammblätern vorgestellt. Jedes dieser Stammbblätter ist nach einem Kriterienmuster aufgebaut:

- **Definition:** Darstellung der dem Indikator zugrundeliegenden Daten sowie die Berechnung des Indikators
- **Bedeutung** des Indikators für Nachhaltige Entwicklung: Darstellung welche Aspekte einer Nachhaltigen Entwicklung von dem Indikator annäherungsweise abgebildet werden
- **Datenvalidität:** Darstellung der Genauigkeit (Messung und Aufbereitung) der zugrundeliegenden Daten sowie die Präzision des Indikators zur Messung der jeweiligen Facette einer Nachhaltigen Entwicklung. Die Validität der zugrundeliegenden Daten kann auch bei den hier verwendeten Datenquellen nachgeprüft werden (IT.NRW, energymap.info, IWR)
- **Verwendung:** Darstellung inwiefern der Indikator in anderen Nachhaltigkeitsstrategien oder Berichten über alle föderalen Ebenen hinweg verwendet wird
- **Differenzierung:** Darstellung welche weiteren Bezugsgrößen des Indikators mit der verwendeten Datengrundlage abgebildet werden können

Nach der Beschreibung des Indikators anhand dieser Merkmale werden die wesentlichen Ergebnisse der aktuellen Berechnungen präsentiert. Dies erfolgt durch die grafische Darstellung der Entwicklung des Indikators im Zeitverlauf in Form eines Diagramms für die unterschiedlichen kommunalen Größenklassen sowie für das Land NRW. Die weitere Differenzierung der kommunalen Vergleichsgruppen durch das dynamische Merkmal der Bevölkerungsentwicklung wird abschließend tabellarisch dargestellt. Hierdurch erhalten interessierte Kommunen die Möglichkeit, sich präzise einer Vergleichsgruppe zuzuordnen und die eigenen Daten mit dieser

Gruppe zu vergleichen. So können beispielsweise Aussagen getroffen werden wie: „Im Vergleich zu den anderen stark wachsenden mittelgroßen Städten mit 20 – 50.000 Einwohner ist die Entwicklung der eigenen Flächeninanspruchnahme...“. Die Zuordnung aller 396 Städte und Gemeinden in NRW zu den jeweiligen Klassen ist in Anhang 1 der Langfassung des Berichtes tabellarisch aufgeführt. Durch den jeweiligen Code (A-E für die Größenklasse, 1-3 für die Bevölkerungsentwicklung) ist eine einfache Zuordnung der eigenen Kommune und ein anschließender Vergleich möglich. Eine mittelgroße Stadt mit 43.000 Einwohnern und einer insgesamt stagnierenden Bevölkerungszahl über die letzten 3 Jahre hätte entsprechend den Code C2.

Indikator 1 – Bevölkerungsentwicklung

Definition

Der Indikator „Bevölkerungsentwicklung“ setzt sich grundlegend zusammen aus dem natürlichen Bevölkerungssaldo (Geburten- und Sterbefälle) und dem Wanderungssaldo (Saldo der Zu- und Fortzüge). Aus diesen Faktoren ergibt sich der jeweilige Bevölkerungsstand einer Kommune, deren zeitlicher Verlauf Auskunft über die Bevölkerungsentwicklung gibt.

$$\text{Bevölkerungsstand im Jahr } n+1 = \text{Bevölkerungsstand im Jahr } n + (\text{Geburten} - \text{Sterbefälle}) + (\text{Zugezogene} - \text{Fortgezogene})$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Die demografische Entwicklung entscheidet im hohen Maß über die finanzielle, soziale, gesundheitliche, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung einer Kommune. Demografische Faktoren sind daher bedeutend für eine Nachhaltige Entwicklung. Eine schrumpfende Bevölkerung kann negative Folgewirkungen für die Kommune haben, insbesondere bezüglich der Kosten für die sozialen und technischen Infrastrukturen. Diese etwaigen Folgewirkungen bekommen aber nicht nur die kommunalen Haushalte zu spüren, auch die Bevölkerung hat höhere Kosten zu tragen, wenn höhere Lasten auf weniger Menschen übertragen werden. Aber auch stark steigende Bevölkerungszahlen sind nicht zwangsläufig ein Anzeichen für eine positive Entwicklung. Mit ihr einhergehen können beispielsweise die weitere Versiegelung von Flächen, Überlastungen der Infrastruktur oder auch das Ansteigen der Mietpreise für Wohnungen..

Datenvalidität

Bei den Statistiken der Geburten- und Sterbefälle handelt es sich um eine laufende Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Die beurkundeten Geburten- und Sterbefälle werden von den Standesämtern geliefert und ggf. durch das statistische Landesamt

überprüft. Die Wanderungsstatistik ist ebenfalls eine Totalerhebung. Grundlage sind die Fälle von An- und Abmeldungen, die bei den Meldeämtern nach den melderechtlichen Regelungen anfallen. Auch diese Daten werden dem statistischen Landesamt übermittelt und dort überprüft. Die Qualität der Datensätze ist daher als gut einzuschätzen..

Verwendung

In der Bundesnachhaltigkeitsstrategie finden sich keine Indikatoren zur demografischen Entwicklung. In diversen Strategien auf Länderebene, wie z.B. bei den Strategien der Länder Schleswig-Holstein oder Brandenburg, und auf kommunaler Ebene sind demografische Indikatoren jedoch wichtiger Bestandteil von Nachhaltigkeitsindikatoren.

Differenzierung

Eine Differenzierung dieses Indikators ist auf der Datengrundlage weiterhin nach Geschlecht, Nationalität und Altersgruppen/ Altersjahren möglich.

Bevölkerungsentwicklung Basisjahr 2010 = 0

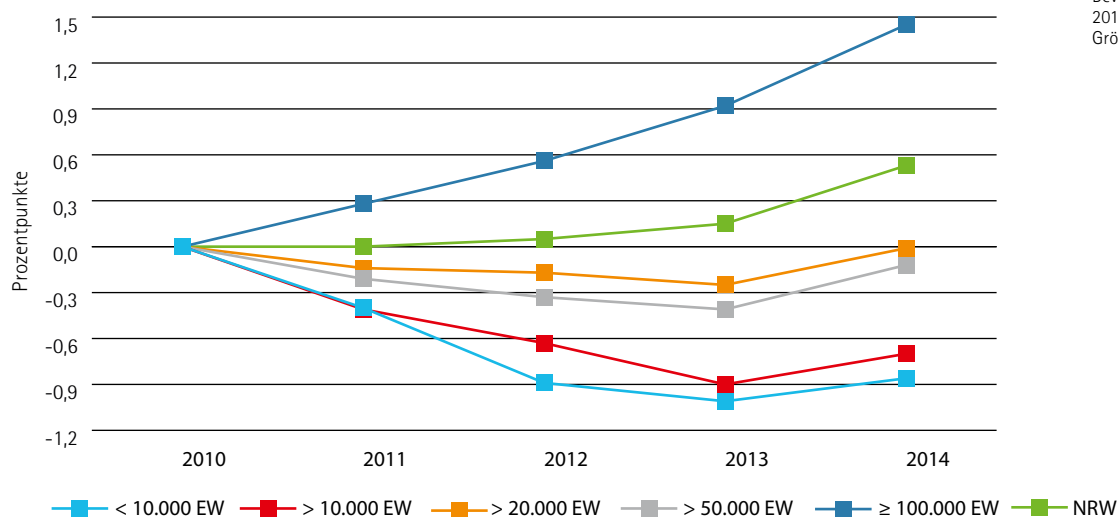


Abbildung 16

Bevölkerungsentwicklung
2010-2014 in kommunalen
Größenklassen und NRW

Kommunale Vergleichsgruppe

Code

Durchschnittliche Bevölkerungszahl

Bevölkerungs- entwicklung

		2014	Prozentpunkte 2014/2011
bis 10.000 Einwohner	A	7.948	-0,46
deutlich schrumpfend	A1	7.652	-2,04
eher stabil	A2	8.168	-0,20
deutlich wachsend	A3	8.189	1,57
10.000 bis 20.000 Einwohner	B	14.599	-0,29
deutlich schrumpfend	B1	14.571	-1,55
eher stabil	B2	15.017	-0,09
deutlich wachsend	B3	14.225	1,62
20.000 bis 50.000 Einwohner	C	31.351	0,10
deutlich schrumpfend	C1	27.822	-1,58
eher stabil	C2	33.007	-0,12
deutlich wachsend	C3	32.125	1,39
50.000 bis 100.000 Einwohner	D	67.068	0,13
deutlich schrumpfend	D1	73.048	-1,14
eher stabil	D2	65.095	-0,02
deutlich wachsend	D3	64.703	1,31
ab 100.000 Einwohner	E	278.865	1,16
deutlich schrumpfend	E1	110.524	-1,03
eher stabil	E2	246.866	-0,17
deutlich wachsend	E3	338.949	1,91
Nordrhein-Westfalen	NRW	17.638.098	0,53

Tabelle 9

Bevölkerungsentwicklung
nach Gemeindegrößen-
klassen und Entwick-
lungsdynamik

Indikator 2 – Flächeninanspruchnahme

Definition

Der Indikator „Flächeninanspruchnahme“ wird definiert über die Zunahme des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) pro Jahr. Dies kann zudem auf die Bevölkerungszahl bezogen werden. Datengrundlage ist die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

$$\text{Flächeninanspruchnahme} = \frac{\text{Zunahme SuV}}{\text{Bevölkerung}} \quad \text{Anteil SuV an Gesamtfläche (je EW)}$$

Bedeutung des Indikators für Nachhaltige Entwicklung

Die Folgen der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke sind weitreichend und vielfältig. Direkte Folgewirkungen sind z.B. der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen und an Biodiversität durch die Versiegelung. Flächeninanspruchnahmen führen insbesondere am Siedlungsrand zu indirekten Folgekosten wie Lärm- und Schadstoffemissionen durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen oder auch zu erhöhten Kosten für die Bereitstellung und den Unterhalt technischer und sozialer Infrastrukturen. Aufgrund nicht nur ökologischer, sondern auch ökonomischer und sozialer Folgewirkungen, ist ein nachhaltiger Umgang mit den Flächenressourcen eine zentrale Herausforderung für Städte und Gemeinden.

Datenvalidität

Durch laufende Umstellungen der amtlichen Statistik kann die Validität des Indikators bei Vergleichen zwischen einzelnen Jahren mit gewissen Unsicherheiten behaftet sein. Durch Umwidmungen können beispielsweise Flächenzunahmen oder Flächenabnahmen in der Statistik Ausschläge verursachen, die keiner realen Entwicklung folgen. Eine Überprüfung der Daten zur Flächeninanspruchnahme auf kommunaler Ebene ist somit generell empfehlenswert.

Verwendung

Die Reduzierung der Neuinanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist ein wesentlicher Eckpfeiler einer Nachhaltigen Entwicklung und ein zentrales Ziel von Nachhaltigkeitsstrategien auf allen föderalen Ebenen (u.a. Bund, Länder HE, TH, NRW, Kreis Unna...).

Differenzierung

Eine weitere Differenzierung nach Flächennutzungsarten ist auf Grundlage der Daten von IT NRW möglich. Es können die einzelnen Nutzungsarten der SuV dargestellt werden, um beispielsweise aufzuzeigen, welche bedeutend für einen Anstieg der SuV sind (Wohn- oder gewerbliche Nutzungen, verkehrliche Nutzungen etc.). Die Entwicklung weiterer Flächennutzungsarten (Landwirtschaftsfläche, Waldfläche etc.) wäre ebenfalls darstellbar.

Veränderung Siedlungs- und Verkehrsfläche Basisjahr 2004 = 0

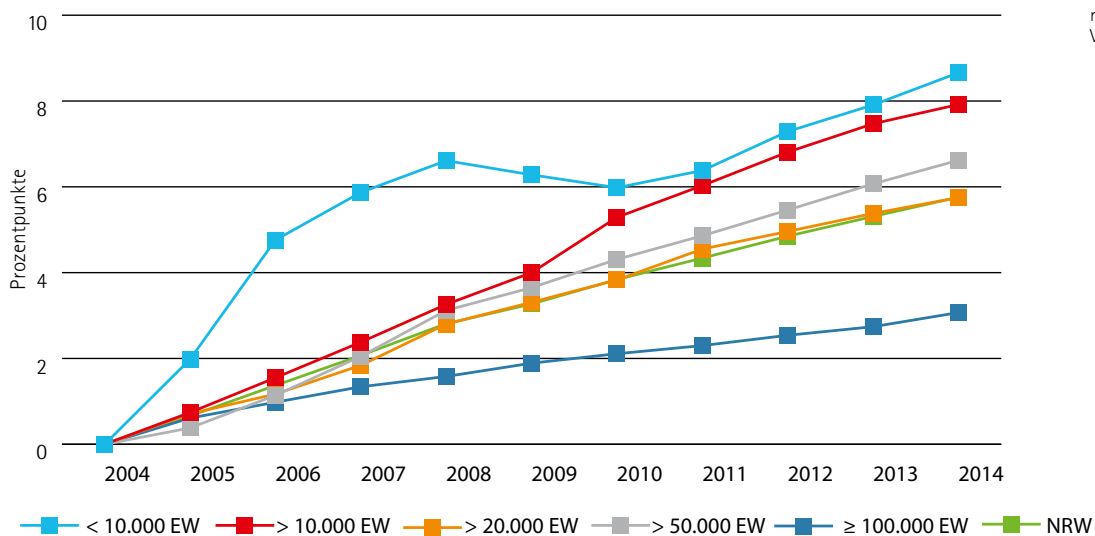


Abbildung 17
Prozentuale Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche 2004-2014

Veränderung Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner

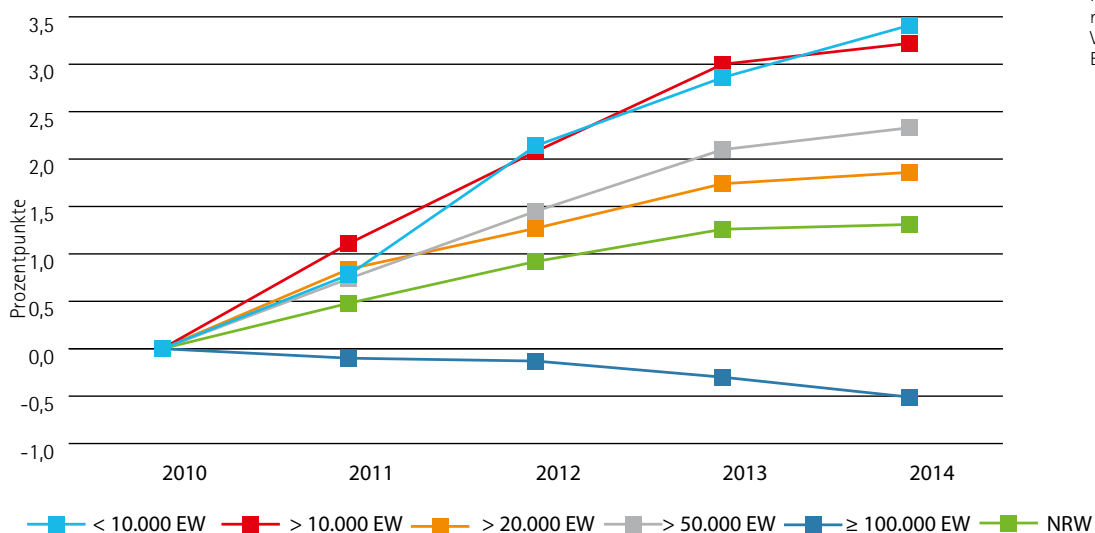


Abbildung 18
Prozentuale Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner

Tabelle 10

Veränderung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche nach Gemeindegrößenklassen und Entwicklungsdynamik

Kommunale Vergleichsgruppe	Code	Anteil SuV an Gesamtfläche			
			% 2014	Prozentpunkte 2014/2011	Prozentpunkte 2014/2004
bis 10.000 Einwohner	A	11,47	0,23	0,90	
deutlich schrumpfend	A1	10,57	0,21	0,63	
eher stabil	A2	12,76	0,43	1,24	
deutlich wachsend	A3	12,09	0,12	1,14	
10.000 bis 20.000 Einwohner	B	14,51	0,25	1,05	
deutlich schrumpfend	B1	14,27	0,21	0,89	
eher stabil	B2	15,15	0,27	1,38	
deutlich wachsend	B3	14,28	0,29	1,00	
20.000 bis 50.000 Einwohner	C	20,04	0,32	1,23	
deutlich schrumpfend	C1	16,57	0,24	1,03	
eher stabil	C2	21,92	0,38	1,27	
deutlich wachsend	C3	21,12	0,33	1,35	
50.000 bis 100.000 Einwohner	D	31,44	0,34	1,69	
deutlich schrumpfend	D1	31,34	0,42	1,33	
eher stabil	D2	31,14	0,39	1,53	
deutlich wachsend	D3	31,81	0,24	2,13	
ab 100.000 Einwohner	E	51,38	0,37	1,50	
deutlich schrumpfend	E1	48,72	0,11	1,92	
eher stabil	E2	55,55	0,31	1,18	
deutlich wachsend	E3	49,93	0,43	1,59	
Nordrhein-Westfalen	NRW	22,85	0,30	1,23	

Tabelle 11

Prozentuale Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt und je Einwohner

Kommunale Vergleichsgruppe	Code	SuV	SuV je Einwohner		
		Prozentpunkte 2014/2011	Prozentpunkte 2014/2004	ar 2014	Prozentpunkte 2014/2011
bis 10.000 Einwohner	A	2,14	8,66	9,55	3,41
deutlich schrumpfend	A1	2,06	6,42	10,60	5,68
eher stabil	A2	3,54	10,82	8,75	3,99
deutlich wachsend	A3	1,07	10,62	8,81	-0,19
10.000 bis 20.000 Einwohner	B	1,78	7,92	7,88	3,22
deutlich schrumpfend	B1	1,53	6,73	8,05	4,67
eher stabil	B2	1,86	10,16	7,76	2,85
deutlich wachsend	B3	2,14	7,65	7,71	1,22
20.000 bis 50.000 Einwohner	C	1,68	6,62	5,48	2,33
deutlich schrumpfend	C1	1,51	6,76	5,95	4,22
eher stabil	C2	1,82	6,28	5,37	2,80
deutlich wachsend	C3	1,64	6,89	5,30	0,69
50.000 bis 100.000 Einwohner	D	1,14	5,75	4,15	1,86
deutlich schrumpfend	D1	1,39	4,52	3,97	3,49
eher stabil	D2	1,32	5,20	4,21	1,66
deutlich wachsend	D3	0,79	7,21	4,24	0,73
ab 100.000 Einwohner	E	0,75	3,07	2,86	-0,51
deutlich schrumpfend	E1	0,19	4,06	3,41	1,98
eher stabil	E2	0,58	2,23	3,07	1,25
deutlich wachsend	E3	0,89	3,36	2,73	-1,41
Nordrhein-Westfalen	NRW	1,36	5,76	4,42	1,31

4.4

Zusammenfassung und Fazit

Mit dem hier definierten Set an Nachhaltigkeitsindikatoren und den für alle Kommunen in NRW durchgeführten Berechnungen existiert für die Kommunen eine umfassende statistische Grundlage, die Entwicklung von nachhaltigkeitsrelevanten Kenngrößen nachzuvollziehen, einzuordnen und zu vergleichen. Ferner kann das Indikatorenset als Ausgangspunkt für eine intensivere Auseinandersetzung mit bestimmten Kenngrößen einer Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene dienen. Ausgehend von detaillierten Analysen und interkommunalen Vergleichen kann die Einschätzung über den eigenen Status Quo hinsichtlich einer Nachhaltigen Entwicklung sukzessive erhöht werden. Daran können wiederum umfassende moderierte Strategieentwicklungsprozesse anknüpfen, in denen ein weit gefasstes Spektrum kommunaler Akteure die hier vorliegenden Indikatoren und ihre zugrundeliegenden Berechnungen interpretieren, bewerten und zur eigenen Zielentwicklung nutzen kann.

Bezüglich der hier angewandten Methodik lässt sich feststellen, dass bereits ein breites Spektrum an relevanten Daten auf Ebene der Städte und Gemeinden zur Bildung von Nachhaltigkeitsindikatoren frei verfügbar ist. In Kombination mit weiteren Datenquellen, wie z.B. der hier verwendeten Quelle zum Umfang des regenerativ erzeugten Stroms, kann das Angebot der Landesdatenbank punktuell ergänzt werden. Da aber aufgrund der beschriebenen Restriktionen einige als wichtig erachtete Indikatoren nicht ohne weiteres auf der Ebene der kreisfreien Gemeinden gebildet werden können, müssten bei der Etablierung einer systemati-

schen kommunalen Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Grundlage einer landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie folgende Punkte bedacht werden:

- Definition alternativer Indikatoren mit ähnlicher Aussagekraft auf Basis der vorhandenen Daten
- Eruierung der Möglichkeiten zur Aufbereitung von Daten auf Ebene der kreisfreien Gemeinden mit IT.NRW und anderen Datenlieferanten
- Einführung eigener systematischer Primärerhebungen mit Fokus auf kommunaler Nachhaltiger Entwicklung

Weiterhin muss klar angemerkt werden, dass die Validität einiger Indikatoren aufgrund von Erhebungs-, Erfassungs-, und Aufbereitungsfehlern der zugrundeliegenden Daten im Rahmen detaillierter Analysen kritisch berücksichtigt werden muss. Ebenso muss anerkannt werden, dass zur annäherungsweise Messung von bestimmten Facetten einer Nachhaltigen Entwicklung teilweise suboptimale Indikatoren definiert wurden, die den interessierenden Aspekt von Nachhaltigkeit nur bedingt abbilden. Diese „schwachen“ Indikatoren wurden aber bewusst mit in das Set aufgenommen, da ansonsten bestimmte thematische Bereiche einer nachhaltigen Entwicklung aufgrund der kaum verfügbaren Datengrundlagen überhaupt nicht abgebildet worden wären.

Das hier vorliegende Indikatorenset und das damit einhergehende Angebot für die Kommunen in NRW soll regelmäßig aktualisiert werden. Dies meint zum einen die Fortschreibung der durchgeführten Berechnungen für alle Kommunen in NRW sowie die sukzessive Ergänzung und Anpassung der eigentlichen Indikatoren aufgrund neuer oder verbesserter zentral verfügbarer Datengrundlagen.

Mit dem Nachhaltigkeitsbericht nrw-kommunal wird erstmalig für alle Kommunen in NRW ein Angebot unterbreitet, das eigene Handeln an Hand von Nachhaltigkeitsindikatoren zu analysieren. Die angewendeten qualitativen und quantitativen Methoden zur Darstellung einer nachhaltigen Entwicklung bieten den Kommunen einen umfassenden Einblick in die aktuelle Verfasstheit und Institutionalisierung des Themas Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene. Ferner bieten sie die Möglichkeit, die eigene Entwicklung in nachhaltigkeitsrelevanten Themenfeldern auf Grundlage von für alle Kommunen in NRW vorliegenden Nachhaltigkeitsindikatoren nachzuvollziehen und vergleichend einzuordnen.

Der Nachhaltigkeitsbericht nrwkommunal ist somit ein niedrigschwelliges Angebot an die Kommunen in NRW sich vor dem Hintergrund der aktuellen globalen und nationalen Entwicklung von neuen Referenzrahmen mit unterschiedlichen Aspekten einer Nachhaltigen Entwicklung in ihrem jeweiligen kommunalen Kontext dezipierter auseinanderzusetzen.

Die qualitativen und quantitativen Nachhaltigkeitsindikatoren sind allerdings nur ein Anzeiger des Status quo oder eines zurückliegenden Verlaufs und sollen dazu dienen, Nachhaltigkeitsziele möglichst realistisch zu entwickeln. Dann können sie ihre eigentliche Stärke durch eine kontinuierliche Evaluation des Ist-Werts und des angestrebten Werts entwickeln. Die Evaluation der Daten soll dazu beitragen, Maßnahmen und Projekte zielgerichtet durchzuführen und somit eine Nachhaltige Entwicklung in seiner Gesamtheit forcieren. Die LAG 21 NRW ist gerne

bereit, die entsprechenden Indikatoren für die Kommunen zur Verfügung zu stellen und für Gremien der Verwaltung oder Politik entsprechend aufzubereiten.

Die kommunalen Indikatoren sind in vielen Fällen nicht losgelöst von Entwicklungen des Landes oder des Bundes, oder auch der Internationalen Ebene. Bisher gibt es keinen, über alle föderalen Ebenen durchgängigen, Kernindikatorensatz zur Nachhaltigen Entwicklung. Deshalb sollten bei der Bewertung der kommunalen Daten immer auch Indikatoren der unterschiedlichen Ebenen in Betracht gezogen werden, um das eigene Handeln mit generellen Tendenzen abzugleichen. Weiterhin gibt es durch die Entwicklungen auf der Internationalen Ebene – der Verabschiedung der 2030 Agenda – künftig einen Referenzrahmen für die Kommunen, der das eigene Handeln im globalen Kontext bewerten wird.

